

TATblatt

(9/1989)

23. Mai 1989

Preis: öS 10.-

Aktionen gegen den Besuch des Weltbankpräsidenten in Wien

DemonstrantInnen gingen die Wände hoch

Weltbankpräsident Conable konnte sich in Wien die Unterstützung der österreichischen Regierung für die massenmörderische Tätigkeit der Weltbank sichern. Ginge es nach Finanzminister Lacina, so sollten österreichische Firmen am Tod hunderttausender Menschen in aller Welt in Zukunft verstärkt verdienen.

Doch ganz ohne Begleitmusik konnte der Besuch des ehemaligen US-Offiziers nicht über die Bühne gehen. Etwa 500 Personen versammelten sich Freitag (19. Mai) nachmittags vor der Nationalbank in Wien, um ihren Unmut über die Politik der Weltbank im allgemeinen, die österreichische Unterstützung der Weltbank im Besonderen zu protestieren.

Außerdem in diesem TATblatt:

Wien:
Neuerlich
Wehrdienstverweigerer in
Haft

Kärnten/Koroska:
Proteste gegen Haider

Wien:
Widerstand gegen
Absiedelungspolitik an der
Liesing

Holland:
Aktionen gegen Shell

Ungarn/CSSR:
Was kommt nach Nagymaros

BRD:
Neues von Ingrid Strobl

Ab sofort regelmäßig:
Die neuesten Meßergebnisse
der
Gamma-Strahlenmeßstelle

u.v.a.

(tb)
..."Erfahrungen"...

..veranlaßten mehrere zivile Polizeibeamte, den Demonstrationsbus zu durchsuchen. Ziel polizeilicher Begierde, so stellte sich heraus, war ein

platz zwar nicht benötigt, doch das Vorgehen der Polizei stellt dennoch einen schwerwiegenden Eingriff in das Demonstrationsrecht dar. Sollte das Beispiel Schule machen, wäre der Betrieb einer Lautsprecheranlage bei längeren Demonstrationen nicht mehr möglich.



mit Diesel angefüllter Kanister, dessen Inhalt dem Betrieb der Lautsprecheranlage dienen sollte. Der Kanister wurde beschlagnahmt.

Befremdend dabei: der Kanisterinhalt wurde auf der kurzen Strecke zwischen Nationalbank und Stephans-

..die Ruhe weg...

hatten die DemonstrationsteilnehmerInnen dennoch. Trotz ständiger Provokationen seitens der Polizei, die einzeln mit Schlägen gegen Demon-

bitte umblättern...

Aktionen gegen den Weltbankpräsidenten

(Fortsetzung von Seite 1)

strantInnen vorging, kam es zu keinen nennenswerten Zwischenfällen. Nervosität brach lediglich aus, als der Demonstrationzug vor dem Landesgericht zum Halten kam, um den kürzlich verhafteten Totalverweigerer Christof Kurzmann lautstark zu grüßen, und als eine Gruppe von Panzerknackern versuchte, die Zentrale der CA in die Luft zu sprengen. Trotz beherztem Eingreifen der Polizei konnte das Schlimmste, nämlich die Detonation eines Knallkörpers, nicht verhindert werden. Umgeben von mehreren hundert absolut vertrottelt aus der Kampfmontur herausblickenden Polizeibeamten mit Plexiglasschildern wurde die Demonstration am Stephansplatz mit Straßentheater beendet. Die massive Polizeipräsenz hatte spontane Sympathieerklärungen zufällig vorbeikommender PassantInnen für die DemonstrationsteilnehmerInnen zur Folge.

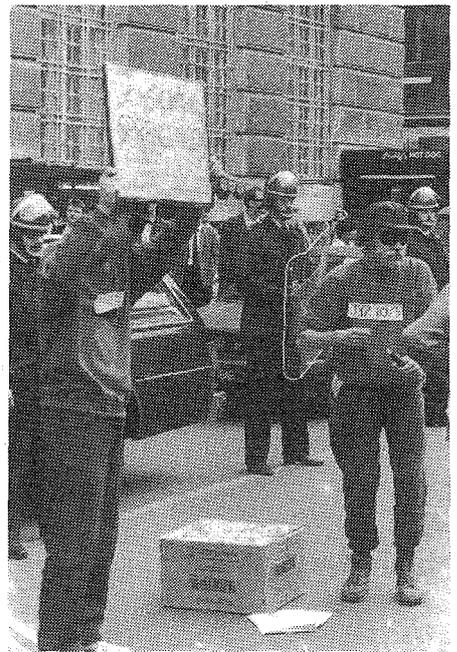


...Weltbank macht die Welt krank...

Das Ende der Demonstration bedeutete aber nicht das Ende des Widerstandes gegen die Weltbank und

ihren gerade in Wien verweilenden Präsidenten. Eine Gruppe von AktivistInnen entrollte am Heinrichshof gegenüber der Oper ein Transparent mit obiger Aufschrift. Geschickt in Seilen vom Dach des Gebäudes herabhängende Menschen hinderten die Polizei fast zwei Stunden lang daran, das Transparent zu entfernen. Und mitten im allabendlichen Verkehrschaos trug ein Riesenaufgebot an, abermals behelmt und mit Schildern und Schlagstöcken bewaffneter Polizei zur Vergrößerung desselben bei. Auch hier wieder das gleiche Bild: Einzelne Polizisten prügeln und treten auf DemonstrantInnen und ZuschauerInnen, die sich in großer Zahl eingefunden hatten, ein. Die Sympathie der Stra-

ßenpassantInnen jedenfalls galt den Transparente spannenden AktivistInnen und deren sportlicher Leistung. Im Verlauf des sich kundgebungsartig entwickelnden Menschaufbaus wurden mindestens 6 Personen, darunter auch die Häuserwandkraxler, von der Polizei festgenommen. Vier der Festgenommenen sind jetzt, bei Layot-Ende (Samstag 16 Uhr) bereits wieder auf freiem Fuß.



Ein Hürdenlauf besonderer Art für die Länder der "3. Welt": immer härtere, immer höhere Auflagen für Weltbankkredite

Versuchter Bombenanschlag der Panzerknackerbande auf das CA-Hauptgebäude

Brotpreise steigen ins Unermeßliche... oder eine neuerliche Sendestörung des Autonomen Stadtfernsehens

(asf:tb)

Am Abend des 18. Mai unterbrach wieder einmal das "Autonome Stadtfernsehen" den Ton des Abendprogramms des ORF... mit einer Schreckensnachricht, die einem Anti-Weltbank-Demo-Aufruf entnommen sein könnte (und offenbar auch ist).

Ein Korrespondent des ASF meldete sich keuchend:

"(...) Ich melde mich hier jetzt live aus der Hofburg, wo soeben die 1. Verhandlungsrunde zwischen der österreichischen Bundesregierung und dem Präsidenten der Weltbank, Conable, bezüglich des Strukturangepassungskredites an Österreich zu Ende gegang-

gen ist.

Außenminister Mock präsentiert soeben sichtlich verwirrt jene Maßnahmen, die Österreich auf Bedingung der Weltbank hinsetzen wird. Daraus hier nun in erster Kürze die wichtigsten Punkte:

So gelten ab morgen in ganz Österreich neue Preise: 1 kg Brot S 50.-; 1 Liter Milch S 40.-; 1 kg Rindfleisch S 500.-

weitere: Im Bereich der Verstaatlichten Industrie und den Bundesbetrieben werden 150 000 Beschäftigte in den nächsten 14 Tagen freigesetzt, um endlich konkurrenzfähige Unternehmen zu schaffen.

Zur Ankerbelung der österreichischen Exporte wird der Schilling um 50% abgewertet.

Weiters wird der Wienerwald gerodet, da insbesondere in Lateinamerika erhöhte Nach-

frage nach österreichischer Buche herrscht. Der Bau des Kraftwerkes Hainburg..."

Hier brach der Ton jäh ab. Nach kurzem Rauschen meldete sich jedoch zur Beruhigung der ZuhörerInnen die gewohnte Stimme des Günter Schiffers.

"Hehe!", klärte er das Rätselraten auf: "Keine Angst, das ist nur eine Sendestörung des Autonomen Stadtfernsehens. Für Österreich sind solche von der Weltbank aufgezwungene Maßnahmen Vision. Für die Menschen der '3. Welt' jedoch sind sie - gar oft tödliche - Realität. Und österreichs Banken stecken bei diesen Geschäften ganz schön unter einer Decke mit der Weltbank" (...) Und aus diesem Grund rief er sodann zur Teilnahme am "Bankenspaaziergang" am 19. Mai auf.

Das helle Klirren brechender Scheiben leitete in das "normale" Programm des ORF zurück.

Christof K.

Wehrdienst-Totalverweigerer an der Grenze verhaftet

(antimilitaristische gruppe wien - gruppe für totalverweigerung)

Der Totalverweigerer Christof Kurzmann ist seit Mittwoch, 17.5. in Haft. Christof, Kulturreferent der HTU, wurde nach einer Dienstreise bei der Einreise nach Österreich am Grenzübergang Schärding festgenommen und in das kreisgerichtliche Gefangenenhaus Ried im Innkreis eingeliefert. Nach Interventionen wurde er noch am selben Tag nach Wien überstellt. Am Donnerstag, 18.5. verhängte Untersuchungsrichter Mag. Engelberger auf Antrag des Staatsanwaltes wegen dringenden Tatverdachts der Nichtbefolgung des Einberufungsbefehles für länger als 30 Tage und bestehender Flucht- und Wiederholungsgefahr (!)

die Untersuchungshaft. Dagegen wurde Haftbeschwerde eingebracht.

Grund für die Verhaftung ist ein Haftbefehl vom 27. April. Christof sollte am 1. Juli 1988 in die Carls-Kaserne in Wien einrücken. Er kam dem Einberufungsbefehl nicht nach. Danach unternahm das Bundesheer keine großen Anstrengungen, seiner habhaft zu werden. Dr. Peinhaupt vom Verteidigungsministerium stellte damals eine vorzeitige Entlassung aus dem Präsenzdienst nicht in Aussicht. Es wurde Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Am 3. April stellte Christof gleichzei-

tig mit Helmut Hejzmanek, der am 1. April wieder nicht eingerückt ist, einen Antrag auf sofortige vorzeitige Entlassung aus dem Präsenzdienst. Mitte April erhielt Christof ein Schreiben des Militärkommando Wien, in dem seine vorübergehende Entlassung aus dem Präsenzdienst mit 1. Mai verfügt wurde.

Christof, langjähriges Mitglied der Gruppe für Totalverweigerung in der Antimilitaristischen Gruppe Wien, hat schon zuvor zweimal einen Einberufungsbefehl nicht befolgt. Er wurde deshalb einmal zu sechs Wochen, einmal zu drei Monaten Freiheitsstrafe bedingt verurteilt.

1985 stellte Christof einen Zivildienst-antrag erschien aber nicht vor der Gewissensinquisition. Er lehnt neben dem bewaffneten Kriegsdienst auch den in die Umfassende Landesverteidigung integrierten Zivildienst wegen dessen zwangsdisziplinierenden Charakter ab.

Übrigens freut sich Christof über Briefe: Christof Kurzmann 26c Vr 2895/1989 Landesgerichtliches Gefangenenhaus I Landesgerichtsstraße 11 B4/9 1080 Wien

Solidaritätsdemo für Christof K. Dienstag 23. Mai 17.30 Uhr Uni (Schottentor) zu Landesgericht und Justizministerium

Sanjin O. wegen Opernball in Haft Soli-Demo in Wien

(tb)

Am 19.5.1989 fand in den Mittagsstunden eine Solidaritätsdemonstration für die Freilassung des seit mehreren Wochen inhaftierten Sanjin O. statt. Sanjin soll auf der Opernballdemonstration vom 2.2. dieses Jahres Polizisten schwer verletzt haben. Über die genaueren Hintergründe der Inhaftierung Sanjins (der jugoslawischer Staatsangehöriger ist) schweigen sich sowohl Polizei als auch Justiz aus. Es muß daher angenommen werden, daß keine "handfesten Beweise" gegen ihn

vorliegen. Sanjin ist quasi eine Geisel der Justiz.

An der Demonstration, die von der U-Bahnstation Landstraße zum Jugendgericht (samt Gefangenenhaus) in der Rüdengasse führte, nahmen etwa 100 Personen teil. Zwischenfälle gab es keine, die Polizei hielt sich im Hintergrund. Stimmung kam auf, als sich in der Rüdengasse SchülerInnen, die gerade aus der Schule gekommen waren, der Demonstration anschlossen.

29. Mai bis 5. Juni:

Volksbegehren zur Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl

(phx)

Vom 29. Mai bis 5. Juni wird in allen Gemeindeämtern ein österreichweites Volksbegehren zur Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl von derzeit 30 auf 25 zur Unterzeichnung aufliegen. Das Volksbegehren wurde von einem überparteilichen Personenkomitee aus SchülerInnenorganisationen, LehrerInnenvertretern und der Grünen Alternative Tirol eingeleitet. Die pädagogischen Vorteile: mehr Zeit für einzelne SchülerInnen, verstärkter Einsatz schülerInnenzentrierter Unterrichtsformen, wie beispiels-

weise Gruppen- und Projektarbeiten, die Förderung lernschwacher Kinder sowie Begabtenförderung.

Um Abweisungen zu vermeiden, ist es derzeit erlaubt, die Höchstzahl von 30 SchülerInnen pro Klasse um bis zu 20 Prozent zu überschreiten. Besonders davon betroffen sind berufsbildende und Privatschulen. Zur Verschärfung der Situation trägt auch der Versuch der Schulverantwortlichen des Bundes, die gesetzlichen Höchstzahlen durch Bildung sogenannter "Standortgemeinschaften" - mehrere benach-

barte Schulen werden zur Berechnung der zu eröffnenden Klassen zusammengefaßt - zu erreichen, bei.

Zur Einleitung des Volksbegehrens hatten die OrganisatorInnen Mitte Feber beim Innenministerium 17 000 Unterstützungserklärungen eingereicht. Weitere 83 000 Unterschriften sind notwendig, um die Behandlung des Gesetzesentwurfs zur Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen im Parlament zu erreichen.

Kärnten/Koroska

H.J.? Nein Danke!

(tb)

Am Montag, den 8. Mai fand in Celovec/Klagenfurt eine Kundgebung gegen einen Landeshauptmann Haider statt. Zirka 400 Menschen beteiligten sich an der, von vielen linken Gruppen getragenen Versammlung vor der Landesregierung. Bis auf kleinere Provokationen von AlltagsfaschistInnen verlief alles ruhig.

Im folgenden Auszüge aus einem gemeinsamen Flugblatt diverser Grün-, KP- und unabhängigen Gruppen:

"Erklärung zur bevorstehenden Wahl des Landeshauptmannes:

1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Bei den vorangegangenen Wahlen hatte nur ungefähr ein Drittel der deutschen Wähler(Innen) seiner Partei die Stimme gegeben. Manche Politiker vertraten damals die Ansicht, man könne ihn »zähmen«, indem man ihn an der Macht beteilige. Hitler selbst gab sich plötzlich staatsmännisch.

Haider will sich mit 29% der Wähler(Innen)stimmen zum Landeshauptmann von Kärnten machen lassen. Wir gehören zur großen Mehrheit der Kärntnerinnen und Kärntner, die ihn nicht gewählt haben.

Wien:

Flughafensozialdienst Erste Erfolge

(tb)

Am 19. und 24. April fanden Verhandlungen zwischen Innenminister Löschnak und dem Flughafensozialdienst statt. Löschnak sagte zu, daß ab sofort drei VertreterInnen des Flughafensozialdienstes abwechselnd Zutritt zum Transitraum in Wien-Schwechat erhalten. Dies gilt zunächst probeweise für die Dauer von sechs Monaten. Sozialminister Geppert hat Unterstützung in Form von Aktion 8000-Stellen zugesichert.

Damit sind die unmittelbaren Forderungen des Flughafensozialdienstes erfüllt. Die grundsätzlichen Fragen sind natürlich noch nicht gelöst. Es bedarf ständiger Wachsamkeit.

Da und dort hört man Stimmen, die sagen: »Soll er einmal zeigen, ob er's besser kann.« Wir sollten unserem Land dieses Experiment ersparen. Wir brauchen keinen Landeshauptmann, der mit nationalistischen und minderheitenfeindlichen Parolen zündelt(...).

Die Entscheidung darüber, wer Landeshauptmann wird, fällt in geheimen Verhandlungen, über die nur Bruchstücke an die Öffentlichkeit dringen. Der eben noch umworbene »mündige Bürger« ist nicht mehr gefragt. Unabhängig von unseren unterschiedlichen weltanschaulichen Orientierungen wollen wir uns nicht mit der Zuschauer(Innen)rolle zufriedengeben. Wir rufen zur Bildung eines breiten überparteilichen Zusammenschlusses auf.

Gegen die Kapitulationspolitik vor Haider, die im Ergebnis der Politik der Dreiparteien-einheit die jetzige Situation heraufbeschworen hat.

Für eine offene, kritische Auseinandersetzung

mit politischen Fehlentwicklungen der Vergangenheit, für ein demokratisches Kärnten.



Slika/Foto: Andrej Mohar

Drugacni Radio sendet wieder

(dr)

Seit Mitte April sendet das "andere Radio für Kärnten" wieder jeden Sonntag nachmittag im Raum Kärnten auf UKW 100,5 MHz.

Gesendet wird, wie auch schon zu Zeiten des Landtagswahlkampfes, von Italien aus, allerdings noch ohne fixen Senderstandort.

Jugendorganisationen gegen die EG

(pöjujgdbzdeg)

Ein wesentlicher Schritt zur Organisation der EG-BeritrittsgegnerInnen wurde in diesen Tagen für den Jugendbereich gesetzt. Auf Initiative der Sozialistischen Jugend schlossen sich bereits mehr als 15 Jugendorganisationen und Jugendinitiativen auf Bundesebene zu einer gemeinsamen "Jugendplattform gegen das Beitrittsansuchen zu den EG" zusammen. Die politische Breite dieses Bündnisses ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt recht beachtlich: Von der Arbeitsgemeinschaft Katholische Jugend Österreich über sozialdemokratische Jugendorganisationen, die GPA-Jugend, KJÖ und KSV.

Zielsetzung der Plattform ist die Aufarbeitung der jugendpolitischen Aspekte der laufenden EG-Debatte, etwa im Bildungsbereich, Sozialbereich, Arbeitsmarkt. Die Tatsache,

daß die Jugendlicehn von heute die Folgen eines möglichen EG-Beitritts in 10, 20 (30, 40; Anm, d.T.) zu tragen hätten, ist die zweite Legitimation für diesen Versuch der Einmischung in eine Diskussion, die bisher von den Interessen großer Lobbyverbände beherrscht wird, argumentieren die VertreterInnen der Jugendorganisationen. Erste gemeinsame Aktivität des Bündnisses ist eine Postkartenaktion an Reghierung und Nationalrat.

Die Plattform versteht sich als Zusammenschluß von Jugendorganisationen und Jugendinitiativen in ganz Österreich. Weitere MitunterstützerInnen aus diesem Bereich werden "gerne gesucht". Kontakte: Plattform Österreichischer Jugendorganisationen und Jugendinitiativen gegen das Beitrittsansuchen zu den EG, Kirchengasse 41, 1070 Wien.

Kärntner Landeshymne herabgewürdigt

Die teuren Folgen der Kritik an der antislowenischen Haltung des offiziellen Kärntens.

(?)
Drei Teilnehmer einer Demonstration im Dezember 1987 wurden nun vom Vorwurf freigesprochen, die Kärntner Landeshymne herabgewürdigt zu haben als sie in einer szenischen Darstellung die Kontinuität antislowenischer Politik vom Nationalsozialismus bis Haider aufzeigen wollten. Der Haken am Freispruch: Die Anwaltskosten in der Höhe von S 103.000.- (!) haben sie selbst zu tragen.

Im Dezember 1987 fand in Celovec/Klagenfurt eine Demonstration statt, die sich gegen die Einführung einer Schulneuregelung an den zweisprachigen Volksschulen wandte. Um die Kontinuität antislowenischer Haltung des offiziellen Kärntens aufzuzeigen, wurde ein textlicher und darstellerischer Bogen von der SlowenInnenverfolgung im Nationalsozialismus bis zur Politik Jörg Haiders gespannt. Musikalisch ergänzt wurde diese szenische Darstellung durch das ausschnittsweise Abspielen des Kärntner Heimatliedes und des Horst Wessel-Liedes. Beide Lieder wurden im 2. Weltkrieg bei Veranstaltungen nacheinander gespielt. Das erste ist heute zur Landeshymne erhoben, das zweite, als Symbol der Hitlerzeit, verboten.

Der Blut und Boden-Charakter vor allem der 4. Strophe der Landeshymne, die auf die Abstimmungszeit Bezug nimmt, löst bis heute immer wieder ein imaginäres Zusammenrücken gegen die SlowenInnen aus. So finden sich beim Abspielen der Hymne, beinahe 70 Jahre nach der Volksabstimmung noch immer aufrechtstehende ZuhörerInnen mit erhobenen Arm. Als das HerausgeberInnenteam eines Schulbuches bei der Aufzeichnung der Landeshymne die 4. Strophe aus eben solchen Überlegungen wegließ, provozierten sie damit heftige Proteste aus der Bevölkerung und eine medial ausgeschlachtete Empörung des damaligen Landeshauptmann Wagner.

Auch die Demonstration vom Dezember 1987 hatte eben diesen Punkt nicht bewältigter Vergangenheit getroffen.

Die Staatspolizei und Jörg Haider reagierten etwa zum selben Zeitpunkt mit Anzeigen. Der gefundene Anlaß: Landeshymnen, ebenso wie Landesfahnen gelten als Staatssymbole und sind als solche gesetzlich gegen eine Herabwürdigung geschützt.

Nach einigen Verhören, einer Hausdurchsuchung, bei der die Musicassette gesucht und nicht gefunden wurde, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen 3 Demonstrationsteilnehmer. Obwohl 2 der Angeklagten keine Slowenen sind, war in Kärntner Zeitungen, die etliche Male ausführlich und einseitig über den bevorstehenden Prozeß berichtet hatten, immer wieder von den "drei Slowenen", den "Maulhelden" und "Denunzianten" zu lesen.

Dem FPÖ-Obmann und künftigen Landeshauptmann Haider war diese Angelegenheit so wichtig, daß er letzten Sommer im Innenministerium anfragte, ob in dieser Sache wohl noch weiterermittelt würde. Blecha konnte ihn beruhigen. Auch bei seinen Wahlkampfveranstaltungen thematisierte Haider den damals knapp bevorstehenden Prozeß, um Stimmung für sich und gegen die Haltung der Angeklagten zu machen.

Trotz medialer Vorverurteilungen und mächtiger Anzeiger, erfolgten am 23. März 1989 drei Freisprüche. Die Anwaltskosten, die die drei Demonstrationsteilnehmer selbst zu bezah-

len haben, belaufen sich auf 103.000 Schilling.

Mittels verschiedener Aktionen, deren Sinn es auch sein soll, weiterhin diesen wunden Punkt deutschnationaler Kärntner Geschichte und Gegenwart zu thematisieren, wird nun versucht, das nötige Geld zu sammeln.

In diesem Zusammenhang sei nochmals auch darauf hingewiesen, daß Peter Gstettner aufgrund einzelner Passagen eines Sachbuches zum Kärntner Volksgruppenkonflikt vom Kärntner Heimatdienst geklagt wurde. Die Kosten für dieses Verfahren, das sich voraussichtlich noch längere Zeit erstrecken wird, werden wohl um ein vielfaches höher sein, als die zuvor genannten.

bezahlte Anzeige:

Kräftig.

Für den friedlichen Aufbau Nicaraguas.



Foto: Pausenwein

5101 Bergheim
Post- und Bahnversand
Langfelden 169
Tel. 0662/52178

1050 Wien
Obere Amtshausgasse 38,
Tel. 0222/543432

6830 Rankweil
Hadeldorfstraße 12
Tel. 05522/41933



ENTWICKLUNGSSAMMELARBEIT
mit der dritten Welt

In den 3. Welt-Läden

Widerstand gegen Wohnungsabsiedlungen an der Liesing

(tb)

Mit großem "Nachdruck" betreibt die Gemeinde Wien die Absiedlung von ca. 130 Wohnungen in Wien - Liesing; vorerst auch mit großem Erfolg.

Die Wohnsiedlung "An der Liesing" im 23. Wiener Gemeindebezirk wurde im Verlauf der Jahre 1944 bis 1948 zur Linderung der Wohnungsnot errichtet. Die soziale Orientierung des Wiener kommunalen Wohnungsbaus, die bei der Errichtung der 365 zwar kleinen (zwischen 31m und 49m Wohnfläche) aber durchwegs billigen Wohnungen im Vordergrund gestanden war, soll den BewohnerInnen der Siedlung nun auf den Kopf fallen. "Hier zwischen der Breitenfurter Str. und dem Liesingbach liegt einer der schönsten Baugründe des Bezirks", meint ein Sprecher der MieterInnen. "Die Baugenossenschaften spitzen schon seit Jahren nach diesen Grundstücken". Dummerweise sind die Baugrundstücke aber bereits verbaut.

Doch weder die Baugenossenschaften noch die Rathaus- und Bezirkspolitiker "spitzen" passiv vor sich hin. Seit 1984 bereiten Bezirksjournalen und Lokalpolitiker in einer regelrechten "Campaign" den Abriß der ungeliebten Billigwohnungen vor: Einmal als "Schandfleck des Bezirks" oder "völlig herunter gekommen", dann wieder als "nicht zumutbarer Substandard" qualifiziert; kurz: All jenen, die den tatsächlichen Zustand der Siedlung "an der Liesing" nicht mit eigenem Auge zu sehen bekommen haben muß es als unvorstellbarer Skandal erscheinen, daß die Stadt Wien ein Bewohnen dieser Wohnungen zuläßt.

Die Wahrheit aber, und daran haben wir uns bei Aussagen "zuständiger Gemeindepolitiker" inzwischen gewöhnen müssen, ist eine andere: Obwohl die Gemeinde Wien seit nunmehr fast 30 (in Worten: dreissig) Jahren keinerlei Ausbesserungsarbeiten vornehmen läßt, sind Wohnungen und Häuser an der Liesing dank der Eigeninitiative der MieterInnen völlig intakt. In viele Wohnungen waren sogar Badezimmer eingebaut worden.

Das "finanzielle Aushungern" der

Siedlung und ihrer BewohnerInnen (die selbstverständlich die ganze Zeit über volle Mieten in den gemeindeeigenen Fond der Mietzinsreserven bezahlen mußte, ohne jemals auch nur einen Groschen wiederzusehen) hatte keinen Erfolg. Der überwiegende Teil der MieterInnen war nicht zum Verlassen ihrer Wohnungen zu bewegen. Die Gemeinde wechselte die Taktik.

...eine Geistersiedlung

Leer werdende Wohnungen werden seit nunmehr 10 Jahren nicht mehr neu



vergeben, bleiben also leer. Unter tatkräftiger Mithilfe der SPÖ-nahen "Mietervereinigung" wird den verbleibenden BewohnerInnen der Auszug "nahegelegt"; etwa in eine der nahegelegenen, von einer der SPÖ-nahestehenden Baugenossenschaft errichteten neuen Wohnsiedlungen, deren Wohnungen zwar zwischen 80m bis 90m Nutzfläche aufweisen, aber auch gleich das 12-fache kosten. Statt wie bisher 500 öS monatlich müssen "UmsiedlerInnen" nun bis zu 6000 öS an Wohnkosten bezahlen. Die Menschen an der Liesing durften sich auch weiterer Wechselbäder erfreuen: Während Bürgermeister Zilk die Möglichkeit von Zwangsaussiedlungen brieflich ausschloß, verkündete Wohnungsstadtrat Edlinger über die Medien den bevorstehenden Abriß der Wohnhäuser.

Das wirkte: Selbst die optimistische Annahme, daß wirklich niemand Zwangsausgesiedelt würde, ist in Wahrheit eine Horrorvision, die viele noch Verbliebene zum "freiwilligen" Ausziehen bewegte. Wer möchte schon in einer Geistersiedlung leben, in der vielleicht bald nur mehr jede zehnte Wohnung bewohnt ist.

Es muß dennoch irgendjemandem im Rathaus zu lang geworden sein, denn neuerdings verfolgt die Stadt Wien sehr erfolgreich die

...Salami-taktik

Statt im Ganzen soll die Siedlung nun scheinbar dem Erdboden gleichgemacht werden. Eine Studie über Wohnwert und Revitalisierungskosten wurde in Auftrag gegeben. Was vorerst als "sieg" der BewohnerInnen aussah, entpuppte sich bald als Bummerang: Die prüfenden Architekten kamen zum Schluß, daß bei elf der dreissig Häuser lediglich die Grundmauern bestehen bleiben könnten. Im Falle einer Sanierung, behaupten die Architekten, müßten Dach, Zwischendecken und sämtliche Versorgungsleitungen (Wasser-, Strom- und Gasleitungen) erneuert, also gänzlich neue Häuser gebaut werden. Die nach Durchführung dieser Arbeiten zu erwartenden Gewinne aus Mieten

stunden in keiner Relation zu den eingesetzten Mitteln, sodaß eine Förderung der Sanierung aus Mitteln des Althausanierungsfonds nicht vertretbar erscheint (siehe Kasten über Wohnhaussanierung).

Die "zuständigen Politiker" und Bau-genossenschaften dürfen jubeln: Ein großer Teil der trotz aller Widrigkeiten verbliebenen MieterInnen erklärten sich bereit, auszuziehen. Ihnen werden Wohnungen im vorerst nicht vom Abriß bedrohten Teil der Siedlung zugewiesen, der zunächst noch revitalisiert werden soll. Erstaunlicherweise liegen nämlich die angeblich nicht revitalisierbaren Häuser nicht in der Siedlung verstreut, sondern alle auf einem Fleck. Sehr, sehr seltsam, meinen die BewohnerInnen, denn schließlich seien alle Häuser zur gleichen Zeit und mit den gleichen Baustoffen gebaut. Auf der freiwerdenden Fläche plant eine Wohnbaugenossenschaft, in deren Vorstand der ehemalige SP-Bezirksvorsteher von Liesing tätig ist, eine neue Wohnsiedlung mit 80m Wohnungen, Garagen und, anstelle der jetzt parkähnlichen Grünanlagen, private Kleinstgärten. Die Billigstwohnungen sollen endgültig teuren Luxuswohnungen platz

Das Wohnhaussanierungsgesetz sieht für durchgreifende Veränderungen der Baubsubstanz weit höhere Förderungen vor als für reine Erhaltungsarbeiten. Was auf dem ersten Blick durchaus als sinnvoll erscheint, ist in der Realität eine Kampfansage an sozial schwache BewohnerInnen dieser Stadt. Für die Hausinhaber ist es nicht sinnvoll, lediglich die alten Wohnstrukturen zu renovieren und so etwa billige Substandardwohnungen zu erhalten. Wirklich rentabel werden Sanierungen erst, wenn auch Wohnungen zusammengelegt, Badezimmer und Zentralheizungen eingebaut, eben Standardverbesserungen durchgeführt werden. Die billigen Wohnungen werden daher nach und nach zerstört und durch Wohnungen der Kategorie A oder B ersetzt, die sich die ehemaligen BewohnerInnen natürlich nicht mehr leisten können. Ein Rechenbeispiel: Eine 30m Wohnung der Kategorie D, kostet in etwa 200 öS Grundzins und vielleicht 300 öS an Betriebskosten. Im Verlauf einer Wohnungsanierung wird diese Wohnung mit drei anderen zusammengelegt, eine Heizung, Küche, Bad und WC eingebaut: Es entsteht eine Kategorie A Wohnung! Angenommen, die bisherige Mieterin konnte auch während der Umbauarbeiten in der Wohnung verbleiben können, oder nach Vollendung der Arbeiten in dieselbe Wohnung zurückkehren (was nur in den wenigsten Fällen möglich ist, da Häuser vor der Sanierung meist "freigemacht" werden), so müßte sie jetzt mindestens das 9-fache an Grundmiete und natürlich er-

machen.

...eigene Gutachten

So schnell aber wollen sich die BewohnerInnen doch nicht geschlagen geben. In einem von der technischen Universität erstellten Gutachten wird das ursprüngliche, von der Gemeinde in Auftrag gegebene, genüßlich zerpfückt. Zusammenfassend kommen die Gutachter unter Uni-Prof. Panzhauser zum Schluß, "daß mit nur relativ geringen Eingriffen in die Baubsubstanz" Wohnungen hohen Standards geschaffen werden können. "Die vorläufige Kostenermittlung der Sanierungs- und Revitalisierungsmaßnahmen läßt den Schluß zu, daß ein vorsichtiges Vorgehen vorausgesetzt, der Sanierungsaufwand nicht prohibitiv sein würde", also eine Sanierung durchaus geboten scheint.

...eigenen Wohn- und Lebensraum!

Die Aussiedlungsstrategie der Gemeinde hat bisher große Erfolge gezeigt. Viele MieterInnen stimmten, von der ständigen Propaganda entnervt, einer Umsiedlung zu. Nur mehr

heblich höhere Betriebskosten bezahlen. Nach Auslaufen der Kreditrückzahlungen gem. Wohnhaussanierungsgesetz, also spätestens nach 10 Jahren, würde ihr alter Mietvertrag ungültig. An seine Stelle träte nun ein neuer, dessen Mietvorschreibungen keinen Begrenzungen mehr unterliegen. Es versteht sich von selbst, daß auf diese Art und Weise praktisch alle sozial schwachen ihre Wohnungen verlieren müssen. Der von den ehemaligen BewohnerInnen der Ägidi/Spalo angestellte Vergleich der Wiener Wohnungspolitik mit der faschistischen Umsiedlungspolitik Rumaniens erscheint uns daher als zutreffend.

Wir treten nicht dafür ein, daß "sozial schwache" auch in schlechten Wohnungen wohnen müssen, sondern haben erkannt, daß hier Wohnungen, die gerade noch erschwinglich sind, zugunsten teurer Luxuswohnungen "wegrationalisiert" werden. Den Betroffenen bleibt über kurz oder lang wahrscheinlich nur mehr die Obdachlosigkeit. Eine Lösung dieses Problems läßt sich unser Erachtens im Rahmen der jetzigen Rechts- und Besitzverhältnisse (und Interessen) nicht herbeiführen. Sollte die Schere zwischen "Bürgern" (dem Objekt der Begierde der Gesellschaftstheoretiker der Herrschenden) und dem "sozialen Abfall" weiterhin größer werden (und nichts anderes können wir annehmen), werden Auseinandersetzungen à la Opernball Regel sein. Soll niemand sagen, er/sie hätte es nicht gewusst.....

wenige wollen definitiv bleiben. Diese berufen sich aber nicht bloß auf "angestammte Wohnrechte". "Es ist eine Frechheit, wie die Stadt Wien mit den Wohnungen umgeht", erklären die SprecherInnen der MieterInnen. "Obwohl in Wien Wohnungsnot und Obdachlosigkeit zum Himmel stinkt, sollen hier billige Wohnungen in lebenswerter Umgebung teuren Luxuswohnungen weichen. Dabei haben wir der Stadt angeboten, die notwendigen arbeiten selbst durchzuführen. Wir glauben, daß es für viele Menschen interessant sein muß, den eigenen Lebensraum selbst zu gestalten. So könnte auch eine neue Gemeinschaft in der Siedlung entstehen".

Die Gemeindepolitiker winkten ab: "Leute, die da Arbeit hineinstecken, müßt's uns erst einmal zeigen". "Die größte Perversion, aber" beschwert sich die MieterInnen-SprecherIn, "ist aber die Art und Weise, wie mit den Baustoffen umgegangen wird. Von den Baustoffen, die bei der (in Ansätzen bereits begonnenen; tb) Revitalisierung der anderen Siedlungshäuser auf den Müll geworfen werden, könnten wir uns unsere Wohnungen und Häuser zehnmal herrichten".

Wer macht mit?

"Gerade junge Leute haben doch sicher ein Interesse, billig zu wohnen und trotzdem die Wohnumwelt selbst zu gestalten", meinen die an der Liesing verbliebenen. "Wir suchen Leute, die das mit uns machen wollen. Mit denen könnten wir ein Konzept entwickeln und das der Gemeinde dann vorlegen. Die wird es schwer haben, gegen so gewichtige Argumente wie unser Gutachten und die Zahl der Wohnungssuchenden, vor allem aber die geringen Kosten der Revitalisierung ernstzunehmende Argumente zu finden." Die Zeit drängt, die Bagger werden fast stündlich erwartet. InteressentInnen sollten sich daher raschest an die verbliebenen BewohnerInnen wenden:

Manfred Rakohl
Breitenfurter Str. 471/4/4
A-1238 Wien

Wir werden selbstverständlich weiter berichten!

11./12. Juni: Arbeiterkammerwahlen Das Parlament der Arbeit

(ge - alternative gewerkschafterInnen)
In wenigen Wochen ist es soweit. Mehr als 2 Millionen ArbeiterInnen und Angestellte, PostlerInnen und Verkehrsbedienstete haben die Möglichkeit ihr "Parlament der Arbeit" zu wählen. Mindestens 40% wenn nicht mehr werden von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch machen. Wahrscheinlich mehr als die Hälfte aller Jungen unter 30 Jahren werden diese Wahlen ignorieren. Wer jedoch meint, daß diese Wahlenthaltung die Großkoalitionäre der SP und Lichals ÖAAB stört, der irrt. Sie wissen ganz genau, daß der Großteil dieser Menschen nicht aus Protest dieser Wahl fernbleibt, sondern aus Desinteresse. Wer dieses Desinteresse mit kritischen - geschweige denn revolutionärem Engagement gleichsetzt, der irrt gewaltig.

Es stimmt schon, daß die Arbeiterkammern eine "Zwangsorganisation" sind, das ist nur die eine Seite. Gleichzeitig haben sie in der politischen Entscheidungsfindung in Österreich eine bedeutend Rolle zu spielen.

Sie "könnten" die Bildungspolitik der österreichischen ArbeitnehmerInnen entscheidend prägen, sie könnten materielle und rechtliche Hilfe bei Widerstand gegen Unternehmerwillkür leisten (zum Teil tun sie es auch).

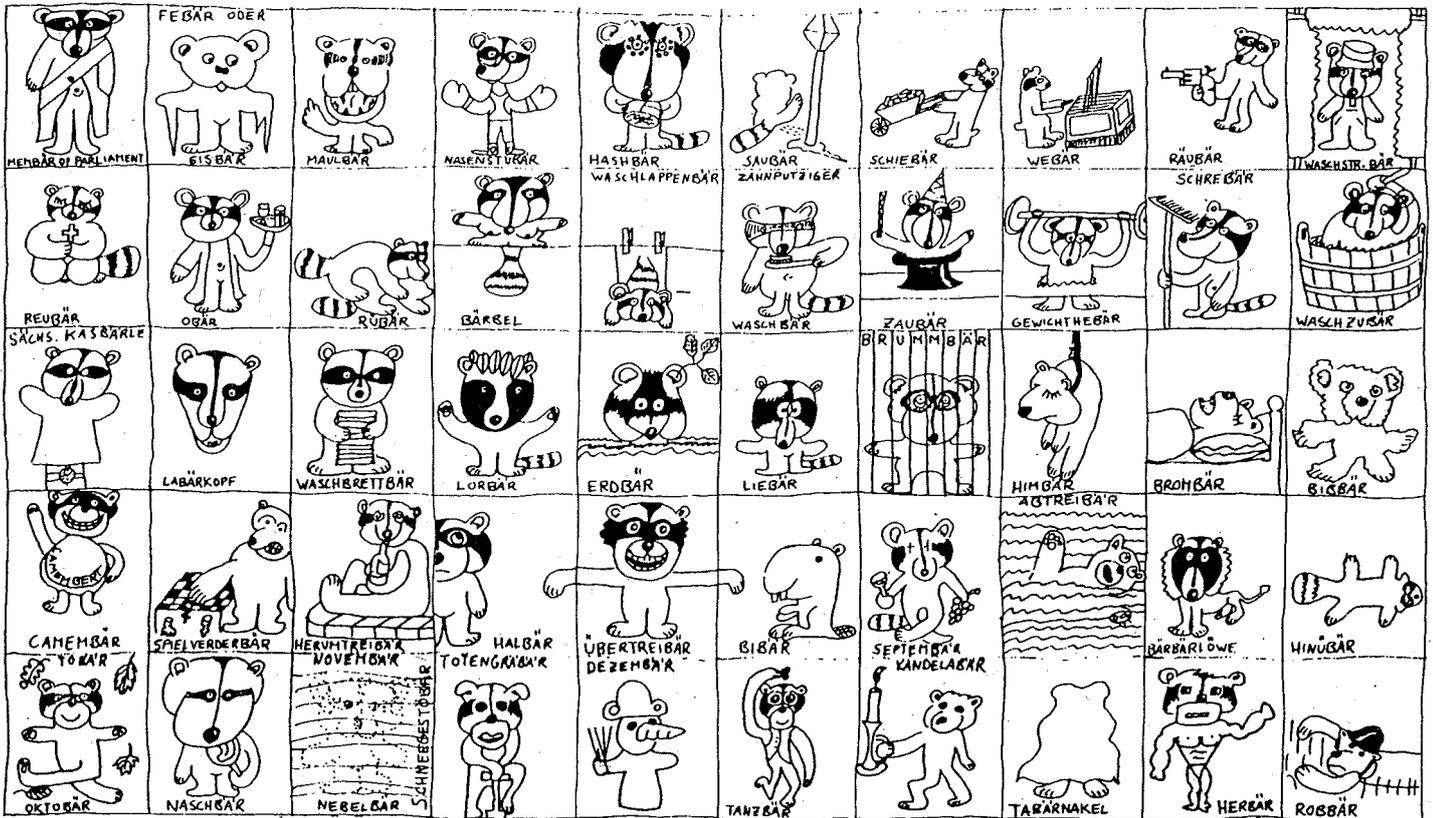
Wenn wir alternative GewerkschafterInnen von der GE bei diesen Wahlen kandidieren, so nicht deshalb weil wir glauben, die Politik der Arbeiterkammern grundlegend ändern zu können, sondern deswegen weil bei diesen Wahlen auch der gewerkschaftspolitische Bewußtseinsstand der österreichischen Lohnabhängigen deutlich gemacht werden kann. Die Vertretung einer gesellschaftlichen Opposition gegen den Sozialpartnerstaat und seine bürokratisierten Kammern könnte für mehr Möglichkeiten des Widerstandes und für mehr Transparenz sorgen. Daß es den Machthabern in der AK nicht gleichgültig ist, wie stark eine alternative Opposition in diesen Gremien vertreten ist, zeigen dutzende Beispiele. Mit allen Metho-

den versuchten sie unsere Kandidaturen zu verhindern. Da werden komplizierte Unterschriftensammlungen zur Einreichung verlangt, da werden in den Betrieben Menschen, die es wagen zu unterschreiben oder gar zu kandidieren mit Kündigungen, Versetzungen und so weiter bedroht. Da werden finanzielle Hürden aufgebaut, nur um zu verhindern, daß ihr Sozialpartnerschaftsgemauschel gestört werden kann.

Ich vermute, daß die meisten "TATblatt"-LeserInnen junge radikale Linke sind, denen gewerkschaftliches Engagement oft als zu reformistisch erscheint. Mir ist es seinerzeit auch so gegangen. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß es ohne politische und gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben unmöglich ist, eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen zu erreichen. Deshalb engagieren wir uns auf diesem so schwierigem Boden und erwarten von Euch, auch wenn ihr in manchen Fragen nicht mit unserer Arbeit konform geht, Solidarität.

Neu im TATblatt: Bärlinnen - Heute: Teil 1

JUNKI WEHRMANN, HERBÄRGSVATER UND DIE KAUSIGBÄR



Atommüll - wohin damit?

(A.Wenisch,P.Bossey)

In Österreich fallen pro Jahr ca 150m³ niedrig- und mittelaktiver Atommüll an. Der Atommüll stammt aus Spitälern, Forschung und Industrie, natürlich auch von den Atominstiuten der Universitäten, dem Forschungszentrum Seibersdorf(ÖFZS) und aus den Labors der internationalen Atombehörde. Auch der Atomunfall von Tschernobyl hat zur Vergrößerung der Atommüllmenge beigetragen.

Hochaktiver Atommüll fällt in Österreich nicht an. Dieser entsteht in Atomkraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen und ist ungleich schwieriger zu handhaben und zu "entsorgen" als leicht- und mittelaktiver. Während es weltweit kein funktionierendes Endlager für hochaktiven Müll gibt, ist die sichere Lagerung von leicht- und mittelaktivem Müll technisch vergleichsweise einfach.

Derzeit lagert der Atommüll auf dem Gelände des ÖFZS. Die Kapazität der Lagerhallen reicht (nach deren Angaben) bis 1989. Jedenfalls haben einige der Lagerhallen baurechtliche Bewilligung nur bis dahin. Obwohl also eine Lösung des Problems längst fällig ist, hat die Regierung bis zum letzten Moment zugewartet, bevor sie sich über dieses heikle Thema drübergetraut hat.

Die Notwendigkeit, ein Endlager zu errichten, ist spätestens seit 1980 bekannt. Aber erst jetzt beauftragte das Bundeskanzleramt das ÖFZS mit der Auffindung eines geeigneten Standorts. Bis Ende des Jahres sollen aus den 16 bisher ausgewählten Bereichen 1 oder 2 festgelegt werden, an denen 1990 weitere Untersuchungen für die Eignung gemacht werden sollen (geplant sind geologische und geophysikalische Untersuchungen). Ende 1990 soll dann ein Standort festgelegt sein, der mit hoher Wahrscheinlichkeit für ein Endlager geeignet ist. An diesem soll dann das weitere Untersuchungsprogramm abgewickelt werden, das bis Ende 1992 läuft, wobei gleichzeitig mit standortspezifischen Planungen begonnen werden soll. Wenn beim Genehmigungsverfahren keine Verzögerung eintritt (was allerdings höchst unwahrscheinlich ist),

meint das ÖFZS, daß das Lager 1996/97 betriebsbereit sein wird.

Verglichen mit früheren Einschätzungen wird offensichtlich mit einer rascheren Abwicklung gerechnet, denn in der ersten Seibersdorfer Studie wurde der Untersuchungszeitraum für die Auswahl eines geeigneten Standorts mit 4 Jahren beanschlagt, wobei an drei verschiedenen Orten standortspezifische Untersuchungen durchgeführt werden sollten

In praktisch allen 16 Standortbereichen hat der Plan zur Errichtung eines Atommülllagers heftigen Widerstand der Bevölkerung hervorgerufen. Widerstand, der vor allem daraus resultiert, daß mensch nur wenig Vertrauen in die Atombefürworter hat, die die Errichter dieses Endlagers sein sollen.

Die Konditionierungsanlage im ÖFZS ist wesentlich größer dimensioniert, als für den österreichischen Atommüll nötig wäre (Durchsatz 40kg pro Stunde). Das ÖFZS hat in den vergangenen Jahren auch leichtaktiven Atommüll aus dem Ausland zur Konditionierung übernommen. Dabei wurde immer versichert, daß die konditionierten Abfälle wieder zurückgeschickt werden. Das Problem der Beseitigung radioaktiver Abfälle stellt sich aber in den Ländern, die Atomanlagen betreiben, wesentlich drastischer dar, als bei uns. Endlager sind in allen Ländern eine Rarität.

Solange ausländischer Atommüll eingeführt wird, besteht auch immer die Gefahr, daß er hier in ein Endlager verbracht wird. Ein solcher Verdacht kann auch deshalb aufkommen, weil in der Studie des ÖFZS die Rede davon ist, die Preise für die Endlagerung mit der internationalen Konkurrenz abzustimmen.

Wir fordern: Einfuhrverbot für radioaktive Abfälle.

Aufgrund diverser Skandale ist ja hinlänglich bekannt, welches Geschäft mit dem Verschieben von radioaktivem Müll betrieben wird. Die Bevölkerung hat daher zurecht wenig Vertrauen in die Versicherungen der Betrei-

ber von Atomanlagen. Auch das ÖFZS versucht zB mit seiner Konditionierungsanlage den Anschluß an die internationale Nukleartechnik nicht ganz zu verpassen - wenn schon sonst den Nukleartechnikern in Österreich nur mehr wenig erlaubt ist.

Wir fordern eine öffentliche und unabhängige Kontrolle. Es ist undenkbar, die Kontrolle über ein solches Atommüll-Endlager voll und ganz einer Crew von Atombefürwortern zu überlassen.

Wir fordern die Anwendung des VerursacherInnenprinzips. Die Preise für die Entsorgung radioaktiver Abfälle müssen, je nach Radiotoxizität, entsprechend dem Aufwand für Konditionierung und Endlagerung kostendeckend sein. Derzeit sind die Preise des ÖFZS das nicht.

Wie werden die radioaktiven Abfälle behandelt?

Bei der Konditionierung werden die Rückstände aus der Verbrennung mit einem "Matrixmaterial" vermischt. Dadurch wird ein einheitlicher Block hergestellt. Als Matrixmaterial werden sowohl organische (Kunstharze, Bitumen) als auch anorganische (Zement) Bindemittel verwendet. Feste Abfälle werden umgossen.

Die mit dem Matrixmaterial vermischten Abfälle werden in 200-l-Fässer abgefüllt. Es handelt sich dabei um Stahlfässer, die mit einem Kunststoffüberbehälter versehen werden können. Wenn das Lager voll ist, wird es abgeschlossen (also mit Beton versiegelt). Die Obertageanlage wird abgerissen (vermutlich), "...das Lagergelände kann dann beliebig genutzt werden, soweit sichergestellt ist, daß keine Störung des Lagers erfolgen kann." (Endlagerstudie des ÖFZS).

Eine besondere Überwachung des abgeschlossenen Lagers hält das ÖFZS nicht für nötig.

1987 berichtet der Chef der Abfallbeseitigung des ÖFZS Dr.P.Krejsa, daß sich bisher 4000 solcher Fässer im ÖFZS angesammelt haben. Dazu kommen noch etwa 2000 Fässer aus

der Konditionierung von im ÖFZS lagernden Atommüll. Weiterhin rechnet man mit einem Zuwachs von ca 500 Fässern pro Jahr. Konzipiert wird das Lager für die Aufnahme von 50.000 Stück 200-l-Fässer

Solange nicht im Detail bekannt ist, welcher Atommüll von wem und zu welchem Zweck produziert wird, lassen sich weder die Prognosen des ÖFZS beurteilen, noch läßt sich darüber diskutieren, was davon notwendig ist, oder ob auch auf diesem Gebiet Müllvermeidung möglich ist.

Standortkriterien für Atommülllager

Die beiden wichtigsten Kriterien für die Eignung eines Standorts sind geringe Wasserdurchlässigkeit des Wirtsgesteins und geologische Stabilität des Endlagerbereichs. Ausgangspunkt dafür ist die Forderung, daß das Lager für 1000 Jahre die Isolation der Abfälle von der Umwelt gewährleisten soll.

Gleichzeitig wurden auch Überlegungen angestellt, daß es sinnvoll wäre, eine Lagerstätte so zu wählen, daß

auch die Endlagerung von festem, konditioniertem Chemiemüll möglich ist (Isolationszeitraum in der Größenordnung von 100.000 Jahren).

Wichtig sind auch die hydrogeologischen Verhältnisse am Standort. Diese können sich dann ungünstig entwickeln, wenn die Vegetationsbedeckung zurückgeht (Abholzung, Erosion, Waldsterben).

Wohl wurde bei der bisherigen Auswahl berücksichtigt, daß sich die Standorte nicht im Bereich abbauwürdiger Rohstoffe befinden dürfen, während andere, für die Gesellschaft

mindestens ebenso wichtige Aspekte - etwa landschafts-ökologische oder soziale Probleme - unberücksichtigt blieben. So erscheint es uns durchaus makaber, ein Endlager im geplanten Nationalpark Hohe Tauern, in anderen, landschaftlich besonders schönen Gebieten oder in der Nähe von Kurorten zu errichten.

Gerade wegen solcher Auslassungen muß unbedingt eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das Endlager durchgeführt werden, bei der diese und ähnliche Probleme von den Anliegergemeinden und der betroffenen Bevölkerung eingebracht werden.

Standortliste für Atommüllendlager

Bezau, Imst, Kleinsöll, Hinteres Amertal, Muhr, Gößgraben, Bosrucktunnel Süd, Nord, Gleinalm Süd, Stainz, Kopfung - Scheffbg. - Ameisbg., Groß-Pertholz, Perg, Königswiesen, Perweis, Hollabrunn - Wartberg, Sitzenberg.

Zu diesem Thema ist auch eine Broschüre entstanden: Peter Bossew, Antonia Wenisch: Wohin mit dem österreichischen Atommüll?

Erhältlich beim Ökologie-Institut, 1070 Wien, Seidengasse 13, Tel. 0222/936105-0



GORBATSCHOW

ja sogar der gesamte Prozeß der Perestroika wäre ohne Lunačarskij nicht vorstellbar. Wer dieser Lunačarskij war? Sie wissen es nicht? Unser Foto zeigt ein Porträt von ihm fotografiert in Moskau 1924. Der Fotograf war Mihail Nappelbaum. Mehr verraten wir nicht. Wenn Sie wirklich informiert sein wollen, werden Sie es durch diese Anzeige nicht werden. Da gibt es nur eine Möglichkeit: Werden Sie Abonnent von INTERNATIONAL, die Zeitschrift für internationale Politik.

INTERNATIONAL
Zeitschrift für internationale Politik

INTERNATIONAL, die einzige österreichische Zeitschrift für internationale Politik, erscheint sechs mal im Jahr zu einem Abonnentenpreis von öS 180,-.

Bestellungen bitte an:

INTERNATIONAL, 1010 Wien, Seilerstätte 13/2/26 A, tel. 513 41 48

Requiem für einen Enkel Stalins

Der lange Tod des Donaukraftwerks Gabčíkovo-Nagymaros

(gr)
Am Anfang stand ein Traum. Der Traum von der Beherrschung der Naturgewalten durch den Menschen, geträumt von einem ungarischen Wasserbauingenieur namens Emil Mosonyi. Im Jahre 1951 konzipierte er ein Staustufensystem, das seinesgleichen in Europa suchen sollte: Von einem 61 km² großen Stausee soll die Donau abseits ihres ursprünglichen Bettes durch einen 25km langen Kanal zu einem Kraftwerk geleitet werden, durch dessen Turbinen bei Bedarf das Wasser bis zu 23m in die Tiefe gejagt werden soll. Die dadurch entstehenden Flutwellen schließlich sollen durch einen 100 km langen Staubeich aufgefangen werden, an dessen Ende ein zweites Kraftwerk die Pracht vollenden möge.

Allein - dies stolze Kind, Triumph des Geistes über die Natur, war so leicht nicht zur Welt zu bringen. Von wirtschaftlichen Sorgen geplagt schienen es die Eltern, die CSSR und Ungarn, beim Traum belassen zu wollen.

Bis 1968 der Slowake Gustav Husák Regierungschef in Prag wurde. Eine große Zeit brach los für Zukunftsträumereien. 1977 beschlossen die CSSR und Ungarn die Verwirklichung des Projekts. Allerdings ließ sich Ungarn vom Elan des Dr. Husák nicht so recht anstecken. Hatte die CSSR bereits Anfang der 80er Jahre mit dem Bau begonnen, mußten für den ungarischen Teil potente Geburtshelfer gewonnen werden. Die fanden sich gleich in der Nachbarschaft. Am 29. Mai 1986 unterzeichneten Österreich und Ungarn insgesamt drei Verträge, mit denen der Bau geregelt wurde. Österreichs E- und Bauwirtschaft würde einen großen Teil der Arbeiten übernehmen, den österreichischen Kredit sollte Ungarn mit Strom zurückzahlen.

Dennoch - die siamesischen Zwillinge blieben allzu kränklich. Viel zu groß und mit viel zu wenig Hirn. Sie zur Welt zu bringen wurde immer teurer. Und sogar Ummut regte sich, immer

lauter werdend - und das in Ungarn! Was waren das für Zeiten geworden, wo war die Freiheit der Wissenschaft geblieben? Auch auf Ungarns Regierung wurde immer weniger Verlaß. Was wurde aus dem Traum des wackeren Professors Mosonyi?

Im Mai 1989 verstarb der erste der beiden Zwillinge. Wollen wir seiner nicht allzulange gedenken.

Jetzt kommt Gabčíkovo

(Ökologie-Institut)
Die bereits auf slowakischer Seite durchgeführten Bautätigkeiten, der gigantische Speichersee mit seiner Größe von 60km² sowie der 17km lange und gänzlich asphaltierte Ausleitungskanal zum Kraftwerk Gabčíkovo, sind noch keine unabänderlichen Fakten. Die Auswirkungen der Staustufe Gabčíkovo werden auch ohne Schwellbetrieb gigantische Umweltzerstörungen mit sich bringen. Der Ökozid, den die Inbetriebnahme auslösen könnte, muß nun verhindert werden.

Die betreffenden slowakischen Stellen geben bereits offen zu, daß bei einem Aufstau bei Gabčíkovo die Veränderungen im Grundwasserbereich der kleinen und großen Schüttinsel derzeit nicht kalkulierbar sind. Diese gab der Regierungsbeauftragte Vladimír Lokvenc bei einem Vortrag in Wien kürzlich öffentlich zu.

Allein bei Bratislava tickt eine ökologische Bombe. In der Nähe der Stadt befindet sich der Petrochemiekomplex Slovnaft, der schon seit Jahrzehnten Öl in den Grundwasserkörper verliert. Waren es im Lauf der 70er Jahre bis zu 4 Tonnen Rohöl pro Tag, so konnte die Menge auf eine Tonne auslaufendes Öl pro Tag reduziert werden. Unterhalb von Slovnaft befindet sich heute ein unterirdischer Ölsee mit einer Größe von 18km².

Slovnaft liegt im Einstaubereich von Gabčíkovo. Ein Aufstau würde diese

großen Altlasten in Bewegung bringen und unabsehbare Folgen für den gesamten Grundwasserhaushalt der Großen und Kleinen Schüttinsel nach sich ziehen. Bevor diese Altlasten nicht eingehend untersucht und eliminiert sind, darf an einen Aufstau bei Gabčíkovo nicht gedacht werden.

"Die in die Donau mündenden Abwässer aus der CSSR sind ungenügend geklärt. Ein Aufstau würde die Gewässergüte der Donau weiter fahrlässig belasten. Die Auswirkungen des Stausees, wie auch der Ausleitung nach Gabčíkovo, sind derzeit mehr als ungeklärt.", meint dazu Franz Meister vom Ökologie-Institut.

Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Verträge

Außerdem fordert das Ökologieinstitut die Auflösung des österreichisch-ungarischen Stromlieferungsvertrages und den Verzicht auf Pönalezahlungen. Die vereinbarten Stromlieferungen hätten energiepolitisch auch für Österreich bedenkliche Auswirkungen, meint Meister. Da hauptsächlich Wintergrundlaststrom geliefert werden soll, kann bzw. muß die EWirtschaft ihre Expansion von Elektrizität in den Wärmemarkt fortsetzen, um den ungarischen Strom loszuwerden. Energie- und vor allem Stromsparstrategien werden dadurch verhindert. Und die so gesteigerte Stromnachfrage droht, nach dem Ende der Lieferungen 2016 durch weitere Importe oder den Bau neuer Kraftwerke gedeckt zu werden.

Weiters fordert das Ökologieinstitut einen Verzicht auf Pönaleforderungen seitens der - großteils in unmittelbarem Mehrheitsbesitz der Republik befindlichen - am Bau beteiligten österreichischen Firmen. "Eine überhöhte Pönaleforderung an Ungarn würde" - so Meister - "auch international zu einer Belastung für Österreich werden."

Zwischen Subversion und Integration

Anmerkungen zum Wiener Aktionismus

(Dieter Schrage)

In drei österreichischen Staatsmuseen waren zu Ostern dieses Jahres Ausstellungen über den Wiener Aktionismus zu sehen.

** Im Museum des 20. Jahrhunderts eine Ausstellung über einen der zentralen Protagonisten des Aktionisten "Hermann Nitsch: Das bildnerische Werk - Retrospektive 1960 bis 1988".

** In der Albertina: "Der zertrümmerte Spiegel - Wiener Aktionismus. Wien 1960 - 1971"

** Im Museum für angewandte Kunst: "Aktionsmalerei - Aktionismus. Wien 1960 - 1965". (Diese Ausstellung ist noch zu sehen und hier gibt es am 27.5. für das TATblatt eine Führung - siehe Ankündigung)

Im Katalog zu der Ausstellung "Der zertrümmerte Spiegel" schreibt Albertina-Direktor Konrad Oberhuber: "1988 reiste der Bundeskanzler Österreichs, Franz Vranitzky, zur Eröffnung der Ausstellung *Aktionsmalerei Aktionismus Wien 1960-1965* nach Kassel, eine ungewöhnliche Handlung für einen so bedeutenden Politiker. Zwanzig Jahre vorher, im Juli 1968, hatte an der Universität die Aktion *Kunst und Revolution* stattgefunden, für welche einer der Künstler dieser



Ausstellung wegen Herabwürdigung der Staatssymbole zu sechs Monaten verschärftem Arrest verurteilt worden war. Bei diesem Ereignis hatte Günter Brus sich selbst mit einer Rasierklinge in den Oberschenkel geschnitten, in ein Glas uriniert und davon getrunken, sich mit Kot beschmiert und unter Absingen der Bundeshymne zu onanieren begonnen. Er versuchte damit, sämtliche Tabus der Gesellschaft zu durchbrechen. In einem etwas später gestalteten Bruckstück bezeichnet er sich als "meistgehaßten" Österreicher und flüchtet 1969 mit seiner Familie nach Berlin. Dort gründete er zusammen mit den Literaten Gerhard Rühm und Oswald Wiener in karikaturistischer

Bild:
"Kunst und Revolution" (Hörsaal I)
Wien 1968
vorne links: Oswald Wiener
mitte: Günter Brus

Absicht die "Österreichische Exilregierung", welche eine Zeitschrift, *Die Schastrommel*, herausgab. Die Entrüstung, mit der diese Dinge damals aufgenommen wurden, war ziemlich allgemein.

Vor allem wurde die Entrüstung über die "Uni-Ferkel" und "studentischen Sex-Kommunisten" damals kräftigst durch die Medien angeheizt. So berichtete ein geifernder Michael Jeannee: "Wiens Polizeipräsident Josef Holaubek hat das Kommissariat Innere Stadt persönlich beauftragt: 'Forscht sie aus, vernehmt sie und bestraft sie'". Drastisch bestraft wurde damals vor allem der Aktionist Günter Brus, er erhielt wegen Herabwürdigung der Staatssymbole 6 Monate (dann reduziert auf 5 Monate) verschärften Arrest (siehe hierzu auch den Kasten mit dem Strafregister der Wiener Aktionisten). Aktionen von Günter Brus wie bei "Kunst und Revolution" 1968 im HS 1 der Universität Wien waren Ausdruck seiner anarchistischen Haltung, die zeitweise eben-

Zwischen Subversion und Integration

Führung für TATblatt-LeserInnen
durch die Ausstellung

"Aktionsmalerei-Aktionismus Wien 1960-65"
mit Dieter Schrage

im Museum für angewandte Kunst,
Wien 3, Stubenring 5 (Eingang Weißkirchnerstraße)
am Samstag, dem 27. Mai 1989, um 15 Uhr.

falls, und beiden vermittelt durch Oswald Wiener, bei Otto Muehl auftrat. So schrieb Brus zB in seinem Text "Der Staat":

"Der Staat will, daß ich Prost sage, daß ich Kleeblätter sammle, Fliegen vernichte, Erzbischöfe eheliche, Faultiere rasiere. Der Staat stempelt mir den Ausweis auf den Hintern, schweiß mir Fingerabdrücke in die Sohlen, paktiert mit meinem Ohrenschmalz. Der Staat lernt meine Braut kennen, erklärt sie für persönlich frei und pudert sie in seinen Forschungsstätten. Der Staat verpflanzt meine Gedanken in seine Konserven, stellt sie in seine Schonzeit und schießt mir dafür Traubenzucker in den Lebertran. Ich habe den Staat gewarnt. Doch er entfacht Fürwitz. Da wird er aber ganz schön schau."

Heute ist Günter Brus so etwas wie ein Staatskünstler geworden, Bundespräsident Kirchschräger hat ihn pardonierte und Bundeskanzler Vranitzky erweist ihm - und den anderen Aktionisten - seine Referenzen. Wobei die hohe künstlerische Qualität der Aktionisten nicht in Zweifel gezogen werden soll. Konrad Oberhuber hierzu:

"Heute, nach 20 Jahren, können wir aber auf diese und andere Ereignisse des Wiener Aktionismus nicht nur als einen eigenwilligen Beitrag Österreichs zur internationalen Revolution von 1968 zurückblicken, sondern sie als eine besondere Leistung innerhalb der Welt durchziehenden Fluxus- und Happening-Bewegung erkennen. In der Tat, die Menschen, die sich in den sechziger Jahren in Wien zu einer Gruppe zusammengeschlossen hatten, gestalteten Aktionen, die in ihrer Radikalität, Konsequenz und Dichte ihresgleichen suchen und als ein bedeutungsvolles Zeichen in unserer Zeit stehen."

Zur Frage "Was war der Wiener Aktionismus und was ist er heute?" gibt es am 27. Mai 1989 eine Führung in der Ausstellung "Aktionsmalerei-Aktionismus. Wien 1960-1965"

Strafen für Künstler des Wiener Aktionismus wegen Ausübung ihrer künstlerischen Tätigkeit

eine tradition jenseits von "kunst" und subvention hat seit je staaterhaltende kräfte auf den plan gerufen. der staatsanwalt und der psychiater treten an die stelle des kunstkritikers, wenn die grenzen der staatlichen wirklichkeit und das terrain der offiziellen kommunikation verlassen werden, die protagonisten des wiener aktionismus und films haben diese besonders intensiv erfahren. hier ein kurzes kapitel aus der historie der österreichischen infamie.

1961

rainer, wolfsburg, november, übermalung eines von den vw-werken preisgekrönten bildes, 2 tage arrest, strafrechtliche verurteilung 1962

1963

nitsch, wird von der polizei als opernmörder verdächtigt. polizeiliche schließung des abreaktionsspielles im perimetkeller, 14 tage gefängnis, psycho physischen naturalismus)

brus, nitsch u. cary bauer, 3 tage arrest, "indem sie einen jutesack, gefüllt mit innereien in den donaukanal geworfen haben")

rühm, muehl werden auf grund ihrer arbeiten als opernmörder verdächtigt

muehl, 14 tage gefängnis (psychophysischer naturalismus)

1964

nitsch, ausstellung und aktion in galerie junge generation auf intervention von vizebürgermeister mandl nach 2 tagen geschlossen, vortrag verboten

muehl, 1000 schilling strafe an die gemeinde wien (öffentl. aktion)

1965

brus, wiener spaziergang, gestoppt durch die polizei, 80 schilling strafe

1966

nitsch, 6 monate bedingt ausgesprochen (4. abreaktionsspiel)

nitsch, eine woche gefängnis wegen abhaltung einer theateraufführung in einer galerie

brus, 5000 schilling strafe an die gemeinde wien (vietnamparty)

muehl, 5000 schilling strafe an die gemeinde wien (vietnamparty)

1968

muehl, 14 tage arrest wegen störung der öffentl. ordnung, 14 tage arrest wegen erregung öffentl. ärgernisses, 4 wochen arrest wegen leichter körpverletzung, 2 monate untersuchungshaft (kunst und revolution)

brus, 14 tage wegen störung der öffentlichen ordnung, 14 tage wegen erregung öffentlichen ärgernisses, 6 monate strenger arrest, verschärft durch zwei fasttage und zwei harter lager monatlich ("...indem günter brus während des absingens der bundeshymne in völlig entkleidetem zustand die große notdurft verrichtete, sich die exkremamente an seinem körper verrschmierte und längere zeit onanierte."), 2 monate untersuchungshaft, das urteil wurde in zweiter instanz auf 5 monate herabgesetzt. (kunst und revolution)

wiener. 14 tage arrest wegen störung der öffentl. ordnung, 14 tage arrest wegen erregung öffentl. ärgernisses, 2 monate untersuchungshaft, wurde rehabilitiert (kunst und revolution)

(aus: "wien-bildkompendium wiener aktionismus und film", hg. von peter weibel und valie export, frankfurt 1970)

Satanische Verse, der Iran und die "zivilisierte Welt"

(anna:tu:tb)

Am Freitag, den 5. Mai wurde die schon Tage zuvor in der TU geplante Lesung aus Salman Rushdies Satanischnen Versen im Theaterzelt im Wiener Sigmund-Freud-Park nachgeholt. Auch eine Gegendemonstration islamischer FundamentalistInnen bildete sich und zog mit Transparenten, einem großen Modell des Tempels in Jerusalem, Fahnen und Khomeini-Bildern zum Schottentor.

Ihr Hauptargument war jedoch nicht der Autor oder der Iran, sondern der Kampf des palästinensischen Volkes gegen Israel und die USA.

Was den Rushdie-ZuschauerInnen blieb, war ein schales Gefühl. Durchaus vertretenswerte Argumente wurden benützt, um von der Problematik des Irans abzulenken.

Bei der Veranstaltung im Zelt referierte u.a. B. Nirumand über den Iran und Khomeini heute. Daraus hier die folgenden Ausschnitte:

Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes der Kriegsgegner im August 1988 sind im Iran schätzungsweise mehr als 10 000 politische Gefangene hingerichtet worden(...). "Mein Sohn war 14 Jahre alt, als er beim Verkauf einer Zeitung verhaftet wurde," erzählte neulich ein Vater auf einer Pressekonferenz der Grünen in Bonn. "Sieben Jahre lang wurde er gefoltert; er wurde mit kochendem Wasser begossen, im Winter mußte er stundenlang barfuß durch den Schnee laufen, mit Stiefeln hat man ihm die Zähne ausgeschlagen, für deren Ersatz ich 5 000 Mark bezahlen mußte, nun hat man ihn erschossen." In den Gefängnissen - man nennt sie "Islamische Lehranstalten" - werden die Gefangenen einzeln einem geistlichen Richter vorgeführt; jedeR Gefangene muß sich zum Islam und Khomeinis Gottesstaat bekennen und den Richter von seinem Sinneswandel überzeugen. Als Beweis dafür gilt die Bereitschaft, an den Exekutionen der eigenen Freunde und Verwandten aktiv teil-

zunehmen: Weigert sich eineR, wird sie/er nach der Gerichtsverhandlung, die in der Regel weniger als 5 Minuten dauert, zum Tode verurteilt und unmittelbar danach erschossen. So sind einige Gefängnisse wie das von Anogan innerhalb von wenigen Monaten vollständig leereschossen worden. Allmählich könnten die Mullahs behaupten, daß es im Iran fast keine politischen Gefangenen mehr gibt. Unfähig, der Bevölkerung plausibel zu machen, weshalb sie 8 Jahre lang "Krieg, Krieg bis zum Sieg" gerufen haben und dabei 100 000e Menschen geopfert und die Zerstörung größerer Teile des Landes hingenommen haben, versuchen nun die Gottesmänner durch die Herstellung einer Atmosphäre der Angst jede Frage nach einer Logik des 8jährigen Krieges und ihres plötzlichen Sinneswandels zu unterbinden. Es wurden ja nicht nur tausende von Gefangenen in den Gefängnissen hingerichtet, auch Oppositionelle, die bereits ihre Gefängnisstrafe verbüßt hatten und entlassen worden waren, wurden erneut inhaftiert, und viele von ihnen ohne Angabe von Gründen exekutiert.

Zur Abschreckung der Bevölkerung wurden in vielen Städten die Gefangenen auf öffentlichen Plätzen gehängt. Der oberste Justizherr des Gottesstaates verkündete beim öffentlichen Freitagsgebet: "Die Justiz steht unter starkem Druck der öffentliche Meinung. Wir wurden gefragt, warum wir die Gefangenen überhaupt vor Gericht stellen, anstatt sie gleich hinzurichten. Das Volk verlangt, daß alle ausnahmslos hingerichtet werden." Zwar konnte dieser massive Terror eine zeitlang für die Herstellung einer Friedensruhe sorgen, für die nahezu vollständig ruinierte Wirtschaft, für die unhaltbare soziale Misere und für den inneren Machtkampf innerhalb des Regimes, der den Bestand der Republik ernsthaft gefährdete, konnte er keine Lösung liefern. Daher plante Khomeini, wie schon so oft, ein Ablenkungsmanöver. Die spektakuläre Aufforderung an den sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow mit der Aufforderung, er solle endlich seine sozialistischen Ideen ad acta legen und sich zum Islam bekennen, zündete nicht. Die Aufforderung wurde eher als Scherz aufgefaßt. In dieser Ausweglosigkeit fielen die "Satanischen Verse" des indisch-britischen Schriftstellers dem Ayatollah wie ein Geschenk des Himmels in den Schoß. Der Roman gab ihm die Gelegenheit, sich als Führer der islamischen Welt zu präsentieren, an die religiösen Gefühle der Gläubigen zu appellieren, sie

ideologisch zu mobilisieren und an sein Regime zu binden.

Khomeinis Mordaufruf ließ die Welt aufschreiben, v.a. in Europa löste er eine Welle der Empörung und des Protestes aus. Mit Recht wurde die Veröffentlichung des Romans verlangt und auf freie Meinungsäußerung und der Information insitiert. Ich möchte mich dieser Ansicht ohne Einschränkung anschließen (...) Dennoch sei mir als Iraner erlaubt, zu den in Europa erfolgten Reaktionen auf den Fall Rushdie rückblickend einige kritische Bemerkungen zu machen. Zunächst erweckt es Erstaunen, daß die bei PolitikerInnen und Intellektuellen ausgelöste Woge der Wut und des Entsetzens bald zum Ersticken kam. Die meisten EG-Länder haben ihre Botschafter wieder nach Teheran zurückgeschickt; die Führer der islamischen Republik haben diesen Canossagang offiziell als Bekenntnis der Schuld und Reue bezeichnet. Erinnern wir uns doch, wie viele Fäuste und Zeigefinger damals gegen den blutrünstigen Khomeini erhoben wurden, wieviele Drohungen ausgesprochen wurden; PolitikerInnen rasselten mit den Sanktionen. SchriftstellerInnen und KünstlerInnen stiegen mutig, ja beinahe märtyrerhaft auf die Barrikaden, verlangten die Rücknahme des Todesurteils.

Doch das Urteil blieb bestehen, die Verteidigung der - wie sie sagten europäischen Zivilisation - währte nur wenige Tage, der Aufstand erwies sich als ein Sturm im Wasserglas. Abermals wurde der Weltöffentlichkeit vorgeführt, daß diese so hochgepriesene Zivilisation dort ihre Grenzen findet, wo das Geld fließt, v.a. dann, wenn sich die Quelle des Profits außerhalb europäischer Grenzen befindet.

Läuft das Geschäft, dann ist alles klar. Folter, Mord, Verwüstung von Regionen, Vertreibung ganzer Völker in den Hunger, auf die Flucht in den Tod.... zB im Iran. Es wird doch niemand leugnen, daß der Iran seit nunmehr 10 Jahren von einer Clique beherrscht wird, die vor Massenmord, Geiselnahme, Krieg und terroristischen Aktivitäten nach innen und außen nicht zurückschreckt. Hat diese Tatsache etwa die zivilisierten Europäer daran gehindert, mit diesen Terroristen die besten Geschäfte zu machen und 8 Jahre lang durch Waffenlieferung jenes Kriegsteuer zu schüren, das die beiden Länder Iran und Irak verwüstet und 1 Mio Menschen das Leben gekostet hat?

Wieso länger Auto-Clubs unterstützen, über deren Politik Sie sich ärgern?

NEU einsteigen! JETZT umsteigen!

Denn es gibt eine Alternative: **Verkehrsclub Österreich**

Auch für Sie!

Der Verkehrsclub für alle Umweltbewußten. Mit den Dienstleistungen für alle Verkehrsteilnehmer.

...österreichweit tätig, international eingebunden, politisch unabhängig, konsequent ökologisch orientiert



Für eine Verkehrspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt!



VCÖ Tel. (0222) 85 83 86
Dingelstedtgasse 15
A-1150 Wien

Die Ziele des VCÖ...
...können nur verwirklicht werden, wenn Verkehrsteilnehmer nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden!

Ich möchte eine Gratis-Nr. der VCÖ-Zeitung und nähere Informationen zum VCÖ.

Coupon einreichen
Name: _____
Adresse: _____



Holland: Blockade des Shell-Laboratoriums: EEN BEETJE GOLF NEEMT AL GAUW 1000 SCHELLEN MEE (Eine kleine Welle schwemmt leicht tausend Muscheln mit)

(o)
Seit der zweitägigen Blockade des Shell-Laboratoriums Mitte April sind holländische AktivistInnen um eine Enttäuschung reicher. Der sozialdemokratische Bürgermeister Ed van Thijn (PvdA) der "Anti Apartheids-gemeinde" Amsterdam hatte zwar angekündigt "Demonstrieren ist erlaubt, blockieren nicht" aber eigentlich hatte die Gemeinde bis dahin Anti-Apartheidsaktivitäten wohlwollend gegenüber gestanden, öfters auch finanziell unterstützt. Also, so hatten die AktivistInnen geglaubt, wird er schon mit sich reden lassen, oder es zumindest nicht auf eine harte Konfrontation ankommen lassen. Der Polizeieinsatz sprach allerdings eine andere Sprache.

"Auf der Fähre hinüber zur Insel werden sie langsam munter, die Menschen. Die Sonne scheint. Von den Schiffen, die auch bei der Blockade mitmachen, dröhnt Musik aus Lautsprechern. Clowns laufen herum. Ich bin beinahe erwartungsvoll, wie vor einem Fest. Wir schlendern gemütlich zum Shell-Gebäude. Ich bin erstaunt, wieviele Leute ihre Musikinstrumente mithaben. Trommel Trompete, Flöte, Gitarre, Dosen: alles vorhanden.

Viele Autonome, nach dem Aussehen zu urteilen, aber kaum Vermummte; aber auch kaum fotografierende Polizisten.

...Spruchbänder werden am Zaun aufgehängt, Polizisten stehen herum. Sie wirken beinahe unbeteiligt. Jede/r lärmt herum, singt, schreit, schaut,...plötzlich wird es unruhig.

Ein Lieferwagen will durch die Menge. Er wird aufgehalten von den Leuten, muß anhalten, großes Herumdrängen. Der Lärm wird aggressiver, Parolen 'Shell raus aus Südafrika!' ertönen...es heißt, der LKW muß nicht zu Shell, aber auf jeden Fall hier durch. Er bahnt sich langsam seinen Weg. Hinter ihm tauchen plötzlich ME (Spezialeinheit der holländischen Polizei) mit Helmen und Tränengasmasken auf...sie werden immer mehr. Auch die 30, die zu Beginn auf der

einen Seite des Platzes vor dem Haupteingang gestanden hatten, vermehren sich unglaublich, tragen plötzlich Helme, Schilder und Gasmasken und sind zu Pferde.

Sie drängen uns vom Platz auf die Straße. Die Demonstranten werden unruhig. 'Rustig, maar rustig' (ruhig, nur ruhig) ist immer zu hören, Ketten werden gebildet.

Die Polizisten hören nicht auf uns zurückzudrängen. Einige Menschen setzen sich in Ketten auf den Boden.

Dann geht alles unglaublich schnell. Polizisten auf Pferden reiten auf die Sitzenden zu, die Pferde scheuen ein wenig, lassen sich dann doch weitertreiben. - Sie bleiben nicht stehen.

Entsetzen und wegrennen. Auf einmal ist schon das zzzzz einer Tränengasgranate zu hören.

zzzzz und die zweite.

(...)es ist wie eine Hasenjagd. An jeder Ecke stehen Polizisten mit Masken. Wir werden über eineinhalb Kilometer zurückgedrängt bis eine Gruppe endlich zu singen anfängt, und singt ganz laut. Afrikanische Lieder und Percussion. Eine Sängerin, in weißem Gewand ruft mehrmals: 'Tanzen ist die beste Blockade!' Und wirklich fangen Menschen zu tanzen an, umringt von Polizisten.

Ein groteskes Bild.

Ich glaube, ich werde es nie vergessen." Fazit des ersten Blockadetages: vier Festgenommene, die allerdings am nächsten Tag wieder freigelassen werden, und, neben einigen Leichtverletzten, zwei Schwerverletzte, wovon einer mit einem Nierenriß durch einen Pferdetritt.

"Aber weder Jeroen Saris noch ich haben viel Steine fliegen sehen. Ich sah sie nur sporadisch bei Festnahmen und wenn die Polizei stürmte. Und

auch da funktionierte die soziale Kontrolle recht effektiv. Im übrigen war es Konzept nach Van Thijn jeden Beginn einer Blockade zuvorzukommen. Was übrigens auch nur den ersten Ansturm begreiflich macht. Daß dabei fast jemand umgekommen wäre, war Van Thijn unbekannt"

Die Pressemeldungen des folgenden Tages sind durchwegs auf Seiten der DemonstrantInnen, oder zumindest sehr kritisch gegenüber dem Polizei-



einsatz. Intern unter den DemonstrantInnen wurde zwar auch Kritik geübt (v.a. an einer Gaspistole mit der irgendsoein "unglaubliches Arschloch" herumgefuchelt hatte, und damit den Gerüchten unter den Polizisten, daß die DemonstrantInnen bewaffnet seien, Nahrung verschafft hatte) doch waren sich alle einig, daß die Gewalt von Seiten der Polizei gut vorbereitet gewesen sei.

"Total unerwartet jagten die Polizisten die Menschen in die Tränengaswolke hinein. Wonach sie sich ebenso geheimnisvoll hundert Meter zurückzogen. Und dann probierst du ein paar Menschen, die zurecht in die Luft gehen, davon zu überzeugen, daß sie trotzdem keine Steine schmeißen sollen, weil die Strategie der Polizei bzw. von Van Thijn schon sehr deutlich ein Versuch zu sein scheint, Randalen von DemonstrantInnen in einem Wohnviertel zu provozieren. Was ihnen, ich muß mir doch mal eben die Augen reiben vor Erstaunen, nicht gelungen ist."

Trotz des gewaltsamen Polizeieinsatzes sind am nächsten Tag mehr Menschen anwesend als am ersten Tag. Shell hat den Laboratoriumsangestellten schon im Vorhinein für diesen Tag freigegeben und alle Lieferungen abgesagt. 500 ArbeitnehmerInnen, die dennoch arbeiten wollen, werden mit schwerer Eskorte und unter begleitendem Tränengaseinsatz auf das Gelände geschleust. Dieser ist aber harmlos im Vergleich zum Vortag, und unter anderem verhindert ein Ordnerdienst, daß die DemonstrantInnen in bedrohlichen Momenten panisch das Weite suchen.

Diesmal ist es mit Unterbrechungen beinahe wirklich ein Fest, Lastwagen fahren die ganze Zeit umher mit Musik- und Theaterdarstellungen auf ihrer Ladefläche. Auch Nicht-Professionelle spielen und machen Musik. Wenig Organisationen, Gruppen, Parteien etc. sind als solche anwesend, es gibt wenig Flugblätter, aber es spielt sich (buchstäblich) viel ab.

Anti-Shell-Aktionen haben mittlerweile schon Tradition in den Niederlanden. Seit 1979 verschaffen verschiedenste Aktionen Shell immer wieder einen Platz in den holländischen Medien, vor allem in Bezug auf sein Engagement in Südafrika (was aber lang nicht das einzige bemerkenswerte zum Supermulti Shell ist; doch davon in der nächsten Nummer). Brandanschläge auf Shelleinrichtungen sind keine Seltenheit. In den letzten Monaten kam es mehrmals vor, daß in nächtlichen Aktionen Wasser in die Zapfsäulentanks gepumpt wurde, was in einem Fall sogar einen handfesten Stau wegen liegengeliebener Autos zur Folge hatte. Häufige Aktionen sind aber vor allem Tankstellenblockaden und nächtlicher Weise Zapfschläuche aufschneiden. Allein die letzten drei Wochen vor der Blockade zählten sicher vierzig bis fünfzig solcher Aktionen, wenn nicht mehr in ganz Holland.

Das "Blockadespektakel" selbst war schon seit ca. einem Jahr in -zig Gruppen im ganzen Land vorbereitet worden, und sorgte schon im Vorhinein für einiges Aufsehen. So strengte Shell einen Prozeß gegen GemeinderätInnen an, die einen Aufruf in der "Volkskrant" (einer großen linken Ta-

geszeitung) zur Shellblockade unterschrieben hatten - und verlor.

Aber auch in der Szene war das geplante Spektakel Anlaß für viel Diskussionen. So warfen Autonome den OrganisatorInnen vor, sie hätten sich zu sehr an teilnehmende sozialdemokratische Organisationen angepaßt, in dem sie zum Beispiel die Losung "Freiheit für Rene" nicht in den Forderungskatalog aufgenommen hatten. Rene (inzwischen doch frei) war wegen angeblicher Brandstiftung bei einer Shelleinrichtung zu mehrjähriger Haft verurteilt worden. Andere wiederum warfen autonomen AktivistInnen, die dieser Kritik mit einem Brandanschlag (ebenfalls bei einer Shelleinrichtung) Nachdruck verleihen wollten, vor sie hätten die Aktion zum falschen Zeitpunkt gesetzt, und würden so kurz vor der Blockade damit eher Spaltung bewirken als sonstwas,...

Ein anderer Diskussionspunkt ergab sich rund um eine Gruppe von Shell-ArbeitnehmerInnen, die einige Monate zuvor Aufsehen erregt hatten

spiel einer Blockade in den Rücken fallen würden.

Interessant ist aber auch der Eiertanz, den die Stadtverwaltung Amsterdam (ähnlich in Rotterdam, Den Haag,...) vollführt. Einerseits erkennt sie sich selbst das Prädikat "Anti-Apartheidsgemeinde" zu, finanziert Aktivitäten in diese Richtung, "führt Gespräche" mit Shell, Phillips und anderen in Südafrika involvierten Betrieben, fordert die Regierung zu Maßnahmen gegen Apartheid auf, andererseits tanken Gemeindebetriebe bei Shell, läßt die Gemeinde sich bei Energiesparaktionen von Phillips sponsoren, die Liste läßt sich noch lang fortsetzen. Dabei gibt es unter den niederländischen "Anti-Apartheidsgemeinden" (80 an der Zahl) sehr wohl solche, die alle Geschäfte mit Betrieben mit Niederlassungen in Südafrika abrechnen.

Dieses doppelte Spiel gedachte Van Thijn wohl auch in Bezug auf das Blockadespektakel fortzusetzen. So wurde während der Blockadetage, der Fährbetrieb zum IJ, der Insel im Norden Amsterdams, auf der das



mit einer Zeitungsanzeige in der sie die Shell-Leitung aufgefordert hatten, Shell aus Südafrika zurückzuziehen. Für die Aktionstage hatten sie geplant auf dem Betriebsgelände ein Transparent aufzuhängen mit der Aufschrift "Apartheid ist es wert, dagegen zu kämpfen. Andererseits äußerten Mitglieder dieser Gruppe aber auch die Befürchtung, daß die DemonstrantInnen ihrer internen Bewußtseinsarbeit mit "harten" Aktionen, wie zum Bei-

Shell-lab liegt, verstärkt. Aber wie gesagt, der Polizeieinsatz dürfte viele HolländerInnen um eine Enttäuschung bereichert haben. Denn - wie Ed van Thijn den Polizeieinsatz am darauffolgenden Tag schlicht und offenerherzig kommentierte - die Polizei hat sich an die Instruktionen gehalten.

Genauere Informationen über Geschichte und Aktivitäten des Supermultis Shell - als Beispiel für viele andere - folgen (aus Platzgründen) im nächsten TATblatt.

Stichwort Isolationshaft: Raul Sendic ist tot

(lateinamerika anders:tb)

In einer Pariser Klinik erlag Ende April Raul Sendic, Gründer der Tupamaros, der legendären Stadtguerrilla Uruguays, "einer langen, schweren Krankheit", wie die Ärzte mitteilten. Nach Angaben seiner Angehörigen litt der 63jährige an neurologischen Störungen, die auf Mißhandlungen in der Haft zurückzuführen sind. Sendic war

während der Militärdiktatur (1973 bis 1985) schwer gefoltert worden. Zwölf Jahre verbrachte er in Isolationshaft. Erst nach dem Sturz der Diktatur kam er 1985 frei. Bis zu seinem Tod war er ZK-Mitglied der Tupamaros, die heute als legale politische Partei arbeiten.

Bereits 1960 organisierte Raul Sendic,

Sohn eines mittleren Großgrundbesitzers, die Zuckerrohrarbeiter von Uruguay, deren Hauptparole bald "Por la tierra y con Sendic" (Für Land und mit Sendic) lauten sollte, 1962 begann er mit dem Aufbau einer Untergrundbewegung die sich drei Jahre später unter dem Namen Tupamaros mit einer Bombe vor der Niederlassung von Bayer-Leverkusen in Montevideo zum erstenmal zu Wort meldete.

1970 wurde Raul Sendic verhaftet, ein Jahr später gelang im zusammen mit 107 Genossen eine spektakuläre Flucht aus dem Gefängnis. Bei der zweiten Verhaftung 1972 wurde sein Unterkiefer zerschossen. Zwölf Jahre lang hielt die Diktatur Sendic in Geiselhaft und kündigte öffentlich an, ihn zu erschießen, falls die Tupamaros ihren Kampf fortsetzen würden. Doch die Untergrundbewegung war bereits vor der Machtübernahme der Generale militärisch geschlagen. Nach seiner Freilassung unterzog sich Sendic in Kuba einer Kieferoperation. Doch bis zu seinem Lebensende fiel ihm das Sprechen extrem schwer.

Westberlin:

Polizei und Nazis mompern gegen Gewalt

(PROWO [Projekt Wochenzeitung; BRD])
Etwa 10 000 (nach Angaben des Sender Freien Berlins SFB 16000) überwiegend Polizeibeamte demonstrierten am 9. Mai die Einheit der "Demokraten gegen Gewalt und Terror auf Berlins Straßen". Zu der Demonstration hatten nicht nur die GdP (Gewerkschaft der Polizei im DGB), sondern auch die einschlägige Presse (BZ und Konsorten) sowie SFB, etc. aufgerufen.

gegen die Faschisten". Ein Redebeitrag, gehalten von einem Polizeipfarrer, beschwor die Einheit Aller gegen "die Gewalt". Seine wohl zur Versöhnung und Integration anhaltenden Einleitungsworte, Shalom Berlin, wurden von etlichen Kundgebungsteilnehmern stirnrundelnd und mit mindestens einem Zwischenruf "Bist wohl'nen Jude oder wat?" beantwortet.

Die Demonstration "zur Inneren Sicherheit" sammelte sich am Platz der Luftbrücke und bewegte sich zum Rathaus Schöneberg. Das Bild des Aufzuges war bestimmt von den blauen Transparenten der rechtsextrremen Republikaner (REP) und etwa 2000 bewaffneten, uniformierten Beamten.

Schon bei der Ankunft am Rathaus skandierten Hunderte "Pätzold raus", "Rot-Grün weg - hat keinen Zweck" und "Momper raus". Aus der Demonstration heraus wurde unter dem Schutz von etwa 15 Beamten in Kampfuniform und ebensovielen Zivilbeamten eine Gruppe von acht "Nazis raus" rufenden Punks körperlich angegriffen, einer zu Boden gestoßen. Nur knapp verfehlte der Kopf des Fallenden einen eisernen Straßenbegrenzungspfahl. Zudem entriß ein besoffener REP-Anhänger einem Fotografen die Kamera und versuchte ihn zu treten. Vorbeiziehende "Demonstranten" kommentierten die Angriffe mit den Worten "Deutsche Polizisten

Rechtsruck in Argentinien Peronist wird neuer Präsident

(tb)

Carlos Saul Menem hat die Wahlen mit deutlichem Abstand gewonnen. Der populistische Peronist konnte 49,1 Prozent der Stimmen ergattern, sein Kontrahent Eduardo Angeloz von der regierenden UCR (Radikale Bürgerunion) kam lediglich auf 37 Prozent. Die rechte UCeDe konnte 7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, in Buenos Aires sogar knapp zwanzig. Das Linksbündnis "Izquierda Union" übersprang mit 3,7 Prozentpunkten knapp die in Argentinien geltende Drei-Prozent-Hürde. Nach den vorliegenden Ergebnissen kann Menem mit 315 von 600 Wahlmännern rechnen, die den neuen Präsidenten zu küren haben.

Die politische Landschaft ist weiter nach rechts gerückt. Gleichzeitig mit

den Präsidentenwahlen wurde auch die Hälfte des argentinischen Parlaments neu gewählt. Auch hier legten die Peronisten kräftig zu, ohne die absolute Mehrheit zu erreichen. Derselbe Trend zeichnete sich auch bei den Wahlen zu 16 der 22 Provinzparlamente ab. In der Provinz Tucuman, im Nordwesten des Landes, errang der Ex-Chef der Aufstandsbekämpfung General Domingo Bussi 27 Prozent und machte seine neu gegründete Partei zur stärksten der Provinz.

BRD: Neues von Ingrid Strobl

Rechtsstaat und Polizeidemokratie

oder

wie man zu Urteilen die passenden Verfahren konstruiert

(tb)
Nicht nur frühlingshaftes Grün umflorte das OLG Düsseldorf, in dem gegen Ingrid Strobl verhandelt wird, vorletzte Woche: Von 9. bis 11. Mai tagte die "Kerntechnik 89" in Düsseldorf. Was offenbar flächendeckenden Polizeischutz für die SekundantInnen der Atommafia notwendig machte. Wie auch immer, der konservative Frühling in der BRD dauert ohnehin schon viel zu lange.

Am 9. Mai waren erstmals seit Prozeßbeginn mehr ZivilpolizistInnen als ProzeßbesucherInnen im Saal. Es hatte sich wohl herumgesprochen, daß an den beiden Prozeßtagen in der zweiten Maiwoche nur "verlesen" werden sollte -- ein nervtötender und ermüdender Vorgang, wenn OLG-Vorsitzender Arend schlecht und unverständlich stundenlang Texte aus uralten Veröffentlichungen der Revolutionären Zellen runterleiert. Immer noch zum angeblichen Beweis dafür, daß Ingrid Strobl als Weckerkäuferin mindestens Unterstützerin der RZ sein müsse.

Nachdem wieder mal alle Anträge der Verteidigung vom Senat abgeschmettert wurden, sorgte hingegen für Überraschung, daß zwei Anträge von Ingrid Strobls Verteidigerin Edith Lunnebach auf nochmalige Zeugenvernehmung zugelassen wurden.

Für den 16. Mai wird deshalb die Düsseldorfer Rechtsanwältin D. Frings geladen, an die sich Ingrid Strobl gewandt hatte, als sie durch den Anruf bei "Emma" von ihrer Observation gehört hatte. Für den 17. Mai sind die BKA-Beamten Finkler und Deutesfeld und die Verkäuferin des Kölner Uhrengeschäfts Wempe vorgesehen, um die erheblichen Widersprüche in den Aussagen dieser ZeugInnen, die Ingrid belasten sollen, zu klären.

Am Nachmittag des 17. Mai soll das Schlußplädoyer der Anklage folgen, am 24. Mai das der Verteidigung.

Nach dem Schlußwort der Angeklagten am 5. Juni soll am Tag darauf bereits die Urteilsverkündung stattfinden -- die Urteile liegen offensichtlich bereits fertig in den Schubladen.

Wie in Ingrid Strobls Verhandlung sollen jetzt auch bei Uli Winterhalters Prozeß "Erkenntnisse" über dessen politische Aktivitäten dessen unlaute Absichten dokumentieren: Uli soll nicht nur in den Köpfen der BAW, sondern auch in den Akten zur RAF zugehörig und somit bestrafbar werden.

Das Verfahren richtet sich außer gegen Uli gegen vier weitere legal lebende Frauen und Männer aus der Stuttgarter Widerstandsszene. Nicht nur, um die vermutete Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei zu beweisen, sondern auch um Licht in die gesamte Vorgehensweise der Staatsschutzapparate gegen die Stuttgarter Szene zu bringen, steht für Uli's Verteidigung die Frage nach den Erkenntnisquellen des LKA (Landeskriminalamt) im Vordergrund. So wurden Uli's Teilnahme an diversen legalen politischen Veranstaltungen und Aktionen seitens Zeugen des LKA in den Prozeß eingeführt. Fragen, woher denn das LKA dieses Wissen beziehe, führten zu einiger Verlegenheit bei den Beamten. Regelmäßig übernahm der Vorsitzende Richter Schmid die Rolle des Retters in der Not und erinnerte die Beamten an die Beschränkung ihrer Aussagegenehmigung.

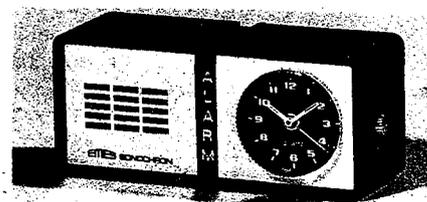
Nicht der einzige peinliche Punkt für die Anklage: Während die BAW in ihrer Anklageschrift behauptet, das Narkosemittel "Ketanest" sei das einzige bei Uli aufgefundene Medikament, es habe sich also, entgegen Uli's Aussage, nicht um eine Medikamentsammlung gehandelt, ergab die Zeugenvernehmung der LKA-Beamten genau das Gegenteil. Laut den LKA-Leuten soll beim Ketanest nämlich auch noch anderes gefunden

worden sein -- Schmerzmittel, Kreislaufmittel, jedenfalls "Haushaltsübliches".

Die Hausdurchsuchung -- eine von bundesweit vierzig Anfang September 1988 -- förderte zwar nicht die angestrebten Ergebnisse zutage -- laut Durchsuchungsauftrag Materialien zum "Aufbau einer antiimperialistischen westeuropäischen Front". Zur Manipulation ist sie für die BAW immer noch gut: Kommentarlos bricht die Aufzählung des beschlagnahmten Materials mit der Nennung einer "Stahlkette" ab. Verschwiegen wird das zugehörige Vorhängeschloß plus Schlüssel -- offenbar will da wer Uli einen brutalen Charakter unterjubeln.

Die Prozeßerklärung von Uli, die wir letztes Mal angekündigt haben, kommt leider nicht. In der nächsten Nummer berichten wir voraussichtlich über das 129a-Verfahren gegen die PKK, das demnächst vor dem -- vom Prozeß gegen Ingrid Strobl sattsam bekannten -- 5. Senat des OLG Düsseldorf stattfinden wird. Unter anderem gegen Ali Sapan, der von den österreichischen Behörden an die bundesdeutsche Justiz ausgeliefert wurde.

Zum Thema Beugehaft: Während eine Frau, Gaby H., seit 16. März in Bühl im Häfen sitzt, wurde der Beugehaftbeschluß gegen die zwei Frauen aus Bochum inzwischen aufgehoben. Die konkreten Fragen, zu denen Gaby H. aussagen soll, wurden bisher weder ihr oder ihrer Anwältin, noch dem Richter am Bundesgerichtshof, der den Beugehaftbeschluß entschied, mitgeteilt. Zudem ist Gaby unter Haftbedingungen eingesperrt, die in ihrer Schärfe wesentlich über die Zivilhaft hinausgehen.



Am 11. Mai erreichte uns folgendes BekennerInnenschreiben:

Solidarität mit dem Hungerstreik Brandanschlag auf Firma Schering

Schering-Mörderschweine!!!
Keine Komalösung!!!
Zusammenlegung sofort!!!

Wir haben am 8.5.89 einen Brandanschlag auf die Firma Schering-Pflanzenschutz in Wien 14 verübt. Wir verstehen diesen Anschlag als Solidaritätsaktion mit dem Hungerstreik, in dem sich die Gefangenen aus RAF und Widerstand in der BRD seit 1. 2. 1989 befinden. Wir wollen damit deren Forderungen unterstützen:

-Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen.

Zusammenlegung der Gefangenen, die dafür kämpfen.

-Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist

-Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, Angelika Goder

-freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangene

-freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen

Kann die Zusammenlegung durchgesetzt werden, so hat dies Auswirkungen auf die Situation der politischen Gefangenen und die Kampfbedingungen des Widerstands in ganz Westeuropa. Mit dem Anschlag auf Schering wollen wir in die Auseinandersetzung zwischen Guerilla/Widerstand und Staat eingreifen. Die Auseinandersetzung zwischen Herrschenden und jenen, die sich gegen Unterdrückung wehren, läuft nicht nur in der BRD, sondern in jedem Staat, also auch in Österreich. Wegen dem hohen Grad der sozialen Befriedung, der nahezu fehlenden Klassenkämpfe und der guten Konditionen, die der österreichische Staat bietet, ist Österreich bevorzugter Standort für Konzernniederlassungen. Mit diesem Angriff wollen wir auch klarstellen, daß sie, längerfristig gesehen, nirgends ihre Projekte ungehindert durchziehen können.

Bei der zentralen Forderung der Gefangenen, der Zusammenlegung in 1 oder 2 große interaktionsfähige Gruppen, geht es darum, die Totalisolation und sensorische Deprivation, d.h. die Isolationsfolter, der die Gefangenen z.T. seit 18 Jahren ausgesetzt sind, zu durchbrechen. Diese Haftbedingungen wurden konzipiert, um die revolutionäre Identität der Gefangenen zu zerstören, d.h. letztendlich sie zu vernichten. Die Kleingruppenkonzeption, die zur Zeit von Teilen der SPD und der Grünen angeboten wird, ist nur ein scheinbares Entgegenkommen, denn auch die Kleingruppe bedeutet Isolation. Die Auswirkungen der Kleingruppenisolation werden seit Jahren erforscht, schon jetzt befinden sich Teile der politischen Gefangenen

in Kleingruppenisolation.

Ähnlich wie die Komamethode dient die sogenannte Kleingruppenlösung dazu, das öffentliche "humanitäre" Gewissen zu beruhigen. Unter dem Deckmantel der "Humanität" werden neue Methoden zur Brechung des Willens der Gefangenen erprobt und angewendet. Nach dem letzten Hungerstreik (1981) weigerten sich einige Ärzte, die Zwangsernährung durchzuführen, da sie ihrem "ärztlichen Ethos" widersprach (eingeschlagene Zähne, extreme Gewaltanwendung, bei Widerstand Todesgefahr). Auch in der Öffentlichkeit stieß die Zwangsernährung (Sigrid Debus wurde auf diese [Art; Anm., tb] umgebracht) zunehmend auf Widerstand.

Es folgten Beratungen von Juristen, Ärzten und Senatsvertretern, um eine "praktikable Lösung" zu finden. Diese Beratungen fanden z.T. am Betriebsgelände von Schering in Berlin-Wedding statt. Unter maßgeblicher wissenschaftlicher Beteiligung von Schering wurde die Komamethode entwickelt. Sie dient dazu, die Gefangenen zum Abbruch des Hungerstreiks zu zwingen, bei gleichzeitiger Verlängerung des "Lebens" ins Unendliche. Bei Knut Folkerts wurde dieses "saubere" Mittel erstmals erprobt:

"Mit der Komamethode haben sie die Auseinandersetzung grundsätzlich in den Grenzbereich zwischen Leben und Tod verlagert. Die Zwangsernährung war direkte physische Gewalt, die den Willen brechen sollte. Die Komamethode steigert die Brutalität. Sie warten, bis man halbtot ist, setzen dann ihre Intensivmedizin ein. In der maximalen Auszehrung von Körper und Geist wirst du dann bewegungsunfähig, totalisiert und zugleich Reizattacken ausgesetzt, was in dir implodiert und nichts von dir, von dem, was du willst und wofür du kämpfst, übrig lassen soll. Wie die 'weiße' Folter durch Isolation ist die Komamethode eine Gewalt ohne Gesicht."

Die Gewalt wird unkenntlich gemacht, als Rettungsmaßnahme verkleidet. Die Verschiebung auf die medizinische Ebene soll den Konflikt entpolitisieren und von seiner wirklichen Grundlage und Lösung verlagern.

Schering, als Multi Teil des Imperialismus, d.h. jenes Systems, das Guerilla und Widerstand bekämpfen, hat massives Interesse daran, die Widerstandsbekämpfung weiterzuentwickeln und darin auch eine lange Tradition. Der Untersuchungs- und Laborkomplex für Menschenversuche im KZ Auschwitz wurde von Schering eingerichtet. Die Sterilisationsversuche, bei denen unzählige Menschen ermordet wurden, liefen dort. Einerseits Vernichtung von Widerstand, andererseits billige und problemlose Forschung an "Menschenmaterial", aus deren Ergebnissen dann riesige Profite gezogen werden können. Schering ist heute weltweit an der Unterwerfung, Ausbeutung und Ermordung von Menschen beteiligt.

Schering hat in 18 Ländern Produktionsstätten, Tochtergesellschaften und Forschungs- oder Versuchslabors für Pflanzenschutz; hauptsächlich produziert wird in der BRD, in Spanien, Kolumbien und Italien. Multis wie Schering sind wesentlich an der Ausbeutung und Abhängigkeit der sogenannten "3. Welt" beteiligt. In den 60er Jahren sind den Ländern der Peripherie riesige Exportmonokulturen aufgezwungen worden, - damit wurden die Selbstversorgungsstrukturen der Kleinbauern zerstört. Durch den Export neuer Technologien in die sogenannte "3. Welt" vertiefte sich die Kluft zwischen Arm und Reich, da sich die Kleinbauern die teuren Düngemittel, Saatgut und Geräte nicht leisten konnten. Da die überzüchteten, genetisch verarmten Monokulturpflanzen nur mit massivem Dünger-Pestizid-Herbizid-Gebrauch den erstrehten Ertrag bringen, ist der Absatz der Konzerne ebenso gesichert, wie die wachsende Abhängigkeit der ausgebeuteten Länder. Imperialisten begriffen und begrei-

BRD:

Der Hungerstreik ist abgebrochen.

(tb)
Der Hungerstreik der kämpfenden Gefangenen in der BRD wurde vorige Woche beendet. Eine diesbezügliche Erklärung wurde zwar angekündigt, steht aber noch aus. Dem Abbruch vorangegangen sind Besuche der JustizministerInnen der SPD-regierten Bundesländer bei den Gefangenen, in denen die feste politische Absicht der regierenden, auch der SPD Bundeslän-

der, zum Ausdruck gebracht wurde, die Streikenden ohne Verbesserungen der Haftsituation krepieren zu lassen.

Auch wir brechen jetzt vorerst ab, und zwar die Serie über die Geschichte der Hungerstreiks. Auch wir müssen erst einmal über die neue Situation diskutieren.

fen die Agrarwirtschaft als Waffe, - ihr Ziel ist es nicht, daß alle Menschen genug zu essen haben, sondern durch Monopolisierung auf dem Markt die Macht darüber zu haben, wer verhungert und wer nicht. Ein Beispiel sind die Hungersnöte der letzten Jahrzehnte bei gleichzeitig überfüllten Getreidesilos und Butterbergen in den hochindustrialisierten Nationen. Die brutale Auspressung der Völker nennen sie Krise, und das macht sich auch hier in der Metropole daran fest, daß immer mehr Menschen an die Armutsgrenze gebracht werden, während riesige (...????...) tiert werden. Hier in Europa waren es vor allem die bundesdeutschen Chemiekonzerne, die mit riesigen Subventionen ihre Biotech-Labors einrichteten - Bayer, BASF, Hoechst, Böhring Mannheim, Schering,...

Der Schering-Konzern, der sich seit Jahrzehnten einen schlechten Ruf als Ausbeuter, Unterdrücker und Völkermörder gemacht hat, war einer der ersten, der sich mit Gen- und Biotechnologien beschäftigte. Seit Jahren arbeitet Schering an genmanipuliertem Weizen. Eines der Hauptgebiete ist der "Pflanzenschutz", Schering ist einer der führenden Konzerne in dieser Sparte weltweit. Während aller "Krisen" ist Schering immer fetter geworden, verkauft noch immer seine quecksilberhaltigen Getreidebeizen, egal, wieviel LandarbeiterInnen daran krepieren. Ähnlich verhält es sich mit Herbiziden und Pestiziden: das Schering-Präparat Fundal wird in Mexiko, Peru,... eingesetzt; es ruft schwere Erkrankungen der ArbeiterInnen und Kindesmißbildungen bei Schwangeren hervor; Großplantagen werden oft vom Flugzeug aus besprüht, noch während die ArbeiterInnen auf dem Feld sind;

Schering spielt gerne "lieber Gott", - das Ganze rennt unter dem Namen "Bevölkerungspolitik" -, nach der NS-Vernichtungsära ein verpöntes Wort; jetzt hat es wieder einen guten Klang, als wäre es "wertfreie Wissenschaft" und nicht die Ideologie von gestern mit der Technik von morgen.

Ähnlich wie bei der Waffe Nahrung geht es auch hier darum, die Entscheidung darüber zu kriegen, wer für das Kapital verwertbar ist, und wer der Vernichtung preisgegeben wird. Den größten Teil seiner Umsatzsteigerung verdankt Schering dem Export der Anti-Baby-Pille und der 3-Monatsspritze in sogenannte "3. Welt"-Länder, in denen die gezielte "Bevölkerungspolitik" folgendes beabsichtigt: Menschen, die aufgrund ihrer Lebensbedingungen Widerstand leisten könnten, sollen erst gar nicht geboren werden bzw. sollen die Armen und Hungernden auf eine kontrollierbare und damit verwertbare Masse reduziert werden.

Zur 3-Monatsspritze: sie wirkt wie ein Hormonschlag auf den Körper der Frauen, schafft Dauerblutungen und Übelkeit, sie kann nicht nur für drei Monate, sondern unter Umständen für immer sterilisieren; angewendet wird sie vor allem in sogenannten "3. Welt"-Ländern, in der Metropole an (v.a. ausländischen) Frauen, an Frauen, die körperlich oder geistig "behindert" sind und an unterprivilegierten Frauen, etwa SozialhilfeempfängerInnen. Für den massenweisen gezielten Einatz von empfängnisverhütenden und sterilisierenden Mitteln gibt es Beispiele:

-in Kolumbien wurden sterilisierende Mittel ins Trinkwasser gekippt
-in Peru und anderen Ländern ins Milchpulver
-in Bolivien in Nahrungsmittelhilfen der USA

Die Pharmamittelchen der Firma Schering helfen in erster Linie denen, die damit Geld machen. Die Wirkstoffe, die Schering findet, verkauft er unter verschiedenen Namen für verschiedene Krankheiten. Bekämpft werden die Symptome (selbst das ist fraglich), nicht gekümmert wird sich um die Ursachen von Krankheiten oder um Nebenwirkungen... - vieles, was als heilendes Medikament auf den Markt kam, war derartig krankmachend, daß es nach vielen Fällen von Kontraindikationen verboten werden mußte. Die meisten dieser Medikamente gab es weiterhin im Handel, entweder hier unter anderem Namen oder einfach ab damit in die Peripherie.

Schering testet seine Medikamente haupt-

sächlich an Gefangenen, und da vor allem an Frauen, oft ohne, daß jene wissen, daß sie als Versuchskaninchen für ein noch nicht im Handel befindliches Gift mißbraucht werden. Einige Beispiele unter vielen:
-bei abkabruden (zur Ausschabung der Gebärmutter, wovon 10% der Frauen Gebärmutterkrebs bekamen) bezahlte Schering die Ärzte, die es in ihren Krankenhäusern testeten;
-sulpostron (ein Wehenmittel als Voraussetzung für Abtreibungen) wurde Ende der 70er Jahre in Kliniken getestet;

Es gäbe noch viel zu diesem Konzern zu sagen, was den Rahmen dieser Erklärung sprengen würde. Aber klar ist, daß wir nicht gerade einen Mitläufer besucht haben.

-Kämpfen gegen Patriarchat und Kapital - international!!!
-Drinnen und Draußen eine Bewegung - einig im Kampf um Zusammenlegung!!!
-Liebe und Kraft für die kämpfenden Gefangenen!!!

Termine:

Wien:

Informations- und Diskussionsveranstaltungen:

5. Juni 1989, 19 Uhr; TU, E-Institut (4, Gußhausstraße 27-29; Saal 7)
Das Verhältnis der Linken zu Palästina und zum zionistischen Staat mit:

*Dr Uri Davis, ehem. Israel-Bürger, Antizionist, Leiter des Institutes für Jerusalem und Friedensservice in London; Autor mehrerer Bücher. Sein letztes: "Israel- ein Apartheidstaat"

*eine Person aus Palästina spricht über die aktuelle Situation der Intifada

"...Widerstand des palästinensischen Volkes gegen Zionismus ist der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, Kampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter. Es ist der Kampf der Ausgeplünderten um die Rückgabe ihrer Produktionsmittel, die Wiedererlangung ihrer materiellen Rechte und die Wiederherstellung ihrer nationalen Souveränität. Die Fronten sind klar und eindeutig. Die Barrikaden stehen. Jeder reiht sich da ein, wo er hingehört. Niemand ist neutral. ..." (Karam Khella aus Arbeiterkampf Nr 292)

24. Mai; 19.30 Uhr; TU-Club, 4, Paniglgasse 1

Koordinationsstreifen aller Anti-EG-AktivistInnen

Kundgebungen, Demonstrationen. etc.:

10. Juni: Fahrradsternfahrt

10. Juni, 15-22 Uhr; Wien 1, Kleeblattgasse-Tuchlauben

"Dritte Welt"-Straßenfest mit Pan con Mantequilla, Afro Fiesta, Infobasar, Videos, Folklore, kulinarische Spezialitäten, Getränken...

VeranstalterInnen: Solidaritäts-Bewegung, ÖIE, EntwicklungsarbeiterInnen-Entsendeorganisationen

17. Juni, 10-24 Uhr; Wien 5

Einsiedlerplatz

TATblatt-Straßenfest gegen AusländerInnenfeindlichkeit

Musik und Tanz aus der Türkei, Kurdistan, Philippinen, Jugoslawien, Österreich,...

Infostände. Speis & Trank. usw
genauer im nächsten TATblatt

Linz:

29. Mai, 19 Uhr; Linz, Jugendzentrum KAPU (Kapuzinerstraße 36)

Informationsveranstaltung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD

(mit Video über Holger Meins)

München:

3. Juni

Demo gegen Atomprogramm und Repression. Keine WAA!

Auftaktkundgebungen:

11 Uhr Haidhausen

11 Uhr Rot-Kreuz-Platz

Abschlußkundgebung 14 Uhr Odeonsplatz
Gemeinsame Anreise aus Wien wird organisiert (Kontakt: Anti-WAA-Büro Telefon: 0222-48 22 89; Montag ab 19 Uhr)

Passau:

27. Mai:

Demonstration und Kundgebung gegen DVU "Liste D"

Gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus

9.30 Rathausplatz; Abschlußkundgebung: Nibelungenhalle

14.30 Uhr AntiFa-Nachmittag im Redoutensaal

LeserInnenbriefe

Liebe Freunde!

Ich finde euer TATblatt-Projekt großartig und habe auch einen Baustein gekauft. Als inhaltliche Kritik würde ich aber die einseitige Orientierung auf unterdrückte Nachrichten aus dem Bereich Hausbesetzer, Gefangene.....nennen. Es gibt, z.B. im ökologischen Bereich genauso viele unterdrückte Informationen. Insgesamt ist mir eurer Blatt zu wenig "grün".

Mit solidarischen Grüßen
W., Villach

Hallo!

Mir scheint, Ihr mögt keine Comix. Sollte sich das wider Erwarten ändern, sähe ich das sicher. Wie auch immer, pickt Euch meine Viecher aufs Häusl oder sonst wo hin, ich kann sie immer wieder anschauen, vielleicht geht's Euch eines Tages auch so.
So, schönen Gruß von
Junki

Damit sich's die p.t. LeserInnen des TATblatts auch aufs Häusl picken können, findet sich Teil 1 und 2 der Viecherl in diesem TATblatt; Fortsetzungen folgen. tb.

und daher hier bereits Teil 2 der "BärlInnen" vom Junki...
Fortsetzungen folgen!

Liebe KollegInnen!

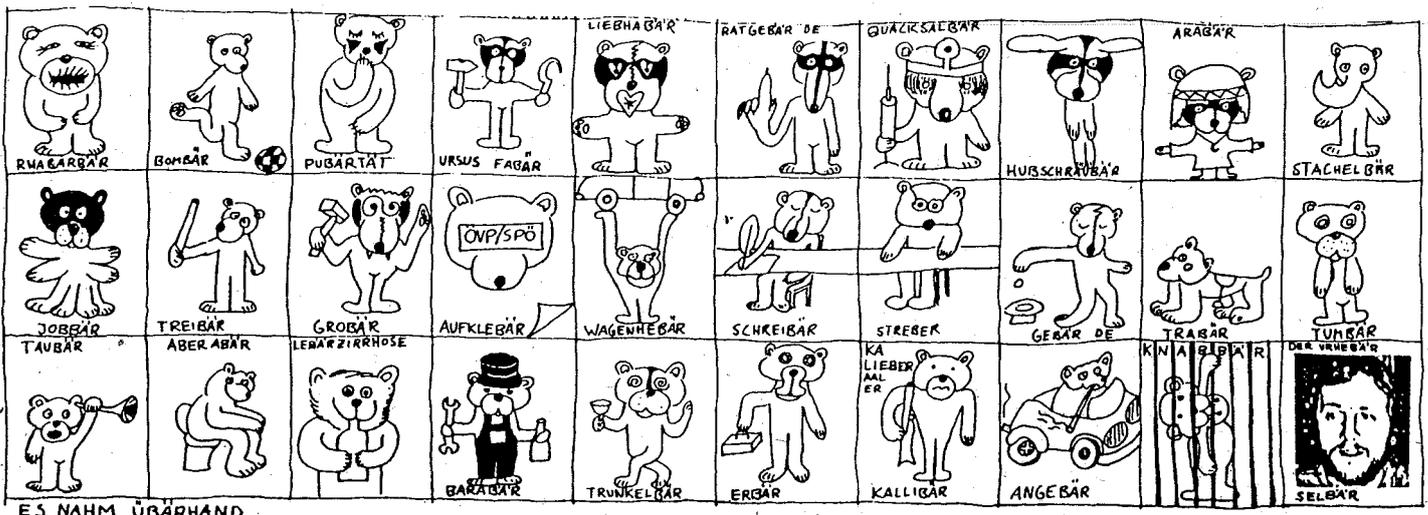
Wir haben mit Freude eure Zeitschrift für unterdrückte Nachrichten minus 91 nummer gelesen und kennengelernt. Als Wissenschaftler, die sich mit Afrika auseinandersetzen, müssen wir die tagtägliche Unterdrückung Afrikas - im doppelten Sinne: sowohl real als medial - miterleiden.

Wir würden euch nun anbieten, für jede Nummer einen längeren Artikel über ein Problem oder Land in Afrika zu schicken und drei ausgewählte Kurzmeldungen. Um unserer Arbeit und eurem Anspruch unterdrückter Nachrichten zu publizieren, gerecht zu werden, erwarten wir, daß künftighin mindestens ein Artikel oder mehrere Kurzmeldungen im TATblatt zu lesen sein werden(...)

(...[im folgenden einige Kritikpunkte am TATblatt])

1. Defizit ist es, daß keine Beiträge über Afrika zu finden sind.
2. Der Terminkalender ist reine Platzverschwendung, weil schwach und dürftig
3. Layout ist ansprechend. Es wird aber zu viel Freiraum, den man für Text nutzen könnte, durch fliegende Ränder verschwendet.
(wenn ich glaube, das zu meinen, was du meinst, so geht das technisch leider nicht; Anm. d. Layouters)
4. Das Argument auf Seite 2, die Trennung verläuft nicht zwischen Norden und Süden, ist treffend im Ansatz - gegen alle "Dritte-Welt-Romantiker und Apostel" -, aber im Abschluß schwach, da die Trennung auch nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen Ausbeuter und Nicht-Ausgebeuteten läuft.
5. Bravo, daß Ihr subsaharisches Afrika (S.3) und nicht Schwarzafrika- eine offene rassistische Terminologie - schreibt.
6. 1. Mai hättet ihr Euch sparen können, wenn Ihr schon selbst dies mit schlechtem Gewissen geschrieben hat; laut Untertitel (S.9). Entweder ordentlich oder gar nicht. Keine Halbheiten.
7. S.11-18 kommentiere ich besser nicht.
8. Portugal: hier ist Euer Autor oder Autorin einer Kolloniallüge aufgesessen, denn Portugal hat die Unabhängigkeit durch den Befreiungskampf in Guinea-Bissau, Angola und Mocambique errungen. Die Nelkenrevolution brachte den afrikanischen Kolonien nicht die Befreiung, sondern umgekehrt, wie derzeit im wissenschaftlichen Diskurs anerkannt ist.
9. Gesamt wünsche ich mir mehr Information, mehr Hintergrundartikel, das Layout dichter und strenger und eine bessere, d.h. ein Mehr an Information und Fakten, Recherche, was zB im Artikel Österreich und die Weltbank angesagt wäre. Gesamt wünsche ich Euch viel Glück und ein besseres Gelingen. Ihr habt zumindestens einen ersten Beginn gesetzt.

Dr. C.N.
Himberg



ES NAHM ÜBARHAND

Betrifft: TATblatt

Aus aktuellem Anlaß wieder einmal ein paar Worte zum TATblatt: Wir halten es - langfristig gesehen - nicht für unsere Aufgabe, unsere LeserInnen-schar mit selbstverfaßten Artikeln zu beglücken. Das Tatblatt soll ein Informationsmedium von und für politisch interessierte und engagierte Menschen sein. Darüberhinaus, das erscheint uns aber noch ein wenig als Zukunftsmusik, soll es Von-"Mißständen"-Betroffenen den Sinn politischer Organisation und Aktivität vermitteln. Von Wohnungsnot, Entlassung, sexistischem Terror oder ähnlichem betroffenen Personen sollen zum Widerstand gegen die Ursachen ihrer Situation motiviert werden.

Das TATblatt soll also ein Medium jener Menschen sein, die den Herrschenden politischen Widerstand entgegensetzen. Ein Medium der Information, der Diskussion, letztlich auch der Aktion.....

Das Alles war Prolog; nun zur Hauptsache:

Wir haben seit der letzten Ausgabe zwei Beiträge erhalten über die wir gerne diskutieren wollen:

1.) Der Beitrag von Schani M. zur AK-Wahl im Juni, den wir in diesem TATblatt abgedruckt haben. In diesem Beitrag findet sich die Margulies'sche Vermutung, "daß die meisten TATblatt-LeserInnen junge radikale Linke sind, denen gewerkschaftliches Engagement oft als reformistisch erscheint." Auch wenn wir, die tatsächlich durchwegs jungen MitarbeiterInnen der Redaktion uns durchaus zur radikalen Linken zugehörig fühlen, verwehren wir uns gegen die Etikettierung unserer Arbeit sowie der LeserInnen des Produkts unserer Arbeit.

2.) Die "Zeitschrift für Afrika-Studien (ZAST)", eine zweimaljährlich erscheinende wissenschaftliche Publikation über die Probleme des afrikanischen Kontinents und ihrer Ursachen, hat sich bereit erklärt, zukünftig pro Ausgabe des TATblatts einen

Hintergrundbericht und drei Kurzmeldungen über Afrika zur Verfügung zu stellen. Das entspricht auch ganz genau unseren Vorstellungen: Nicht wir sollen Infos etc zusammentragen und (neu) verarbeiten, sondern jene, die tagtäglich damit arbeiten. Wir sind von diesem Angebot der ZAST regelrecht begeistert.

Weniger begeistert hat uns die - in einem Kritikblock eingebaute - "Nichtkritik" zu unserer Berichterstattung über das Verfahren gegen Ingrid Strobl und andere sowie über den (inzwischen abgebrochenen) Hungerstreik der kämpfenden Gefangenen in der BRD. Wir haben nicht als einzige Zeitung regelmäßig über den Hungerstreik berichtet, um uns dafür ins Eck stellen zu lassen. Die hungerstreikenden Gefangenen sind ebenso Teil des "linken" und "alternativen" Spektrums wie die MitgliederInnen der RAF, der "Bewegung 2.Juni", jene die sich als "revolutionäre Zellen" bezeichnen oder alle anderen Militanten.

Allein die Tatsache, daß die österreichische Linke sich seit Jahren weigert, über die verschiedenen Ansätze radikaler antiimperialistischer und antipatriarchaler Politik zu diskutieren, schließt deren ProponentInnen, auch wenn sie nicht direkt faßbar auftreten, noch lange nicht aus dem progressiven Spektrum aus.

Wir sind nicht, denn diesen Vorwurf glauben wir der "Nichtkritik" entnehmen zu können, unkritische NachbarInnen der militanten Gruppen. Aber der Kampf der Militanten, ihre Anschlagserklärungen, Briefe und Berichte gehören ebenso in der Linken diskutiert wie die Ziele und Inhalte der BürgerInneninitiativen, Umweltschutz-, Friedens- und sonst noch -gruppen. Dieses Verständnis solidarischer Diskussion werden wir uns auch in Zukunft nicht nehmen lassen.

ansonsten
Liebe und Kraft!

**Wir
suchen**

(dringend):

**Handver-
käuferInnen
(viele)**

TATblatt-HandverkäuferInnen erhalten (in Wien) je verkauftem TATblatt fünf Schilling. (Für HandverkäuferInnen in den Bundesländern ist es wegen der Versandkosten ein bißchen weniger... da müssen wir uns halt irgendwas mit Dir ausmachen)

Einfach im Wiener TATblatt-Büro anrufen (0222/54 23 07); oder am Besten: Am Montag zwischen 17 und 19 Uhr vorbeikommen! (Vielleicht sicherheitsshalber auch vorher anrufen)

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen.

Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein.

Die TATblatt-Minus-Nummern sollen aktuelle Beiträge und Hintergrund-Reportagen enthalten, sowie einen Teil, um das Zeitungsprojekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw. Natürlich gibt es auch Platz für Reaktionen.

...und das alle vierzehn Tage. Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe, usw.

Artikel, LeserInnenbriefe, etc bitte an:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien, Postfach 282
Bestellungen bitte mittels Erlagschein auf P.S.K. 7547 212 (Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)

Die TATblatt-Kollektive:

Wien:

Büro: Wien 5; Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller
Telefon: (0222) 54 23 07
Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

offene Treffen:

jeden Donnerstag, um 19 Uhr im TATblatt-Büro.

Graz:

Kontakt-Telefonnummern:
Kristof: (0316) 83 57 79 oder
Elisabeth: (0316) 96 23 63

Redaktionscafé:

jeden zweiten Sonntag, um 19 Uhr im Café Thalia (Opernring 5a)
(nächstes Mal am 4. Juni)

An:

Das TATblatt im Abo: Der TATblatt-Baustein (um S 96.-)

Baustein-KäuferInnen erhalten das TATblatt regelmäßig zugeschickt. Ein Baustein entspricht also gewissermaßen einem Abo. Bloß: Auch wer mehr Bausteine kauft, bekommt nur ein TATblatt. Es ist also vollkommen unproblematisch, zwei, drei, vier, viele Bausteine zu kaufen, ohne alle vierzehn Tage einen vollkommen überfüllten Briefkasten zu haben. Ein Baustein gilt für 10 Minus-Nummern. Also einfach Erlagschein ausfüllen, einzahlen, und paßt schon. (Wegen des teureren Versandtarifes ist es für TATblatt-InteressentInnen aus dem Ausland notwendig, zwei Bausteine zu kaufen, um das TATblatt zugeschickt zu bekommen)

Mitgliedschaft (für nur 1 Schilling täglich)

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1.- pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.- Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

TATblatt-Einzelverkaufsstellen: Wien:

Buchhandlungen:

- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 16)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- VKA (6, Stiegegasse)
- Reisebuchladen (9, Kolingasse 6)

ferner:

- ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- EZA (5, Obere Amtshausgasse 38)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstr. 99; Mo-Fr 19-2 Uhr)
- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozsigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24)

Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfergasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zi. 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

P.b.b. * Verlagspostamt 1050 * Erscheinungsort Wien

Auch der schönste Baustein geht einmal vorüber...

...und so kommt es, daß dieses TATblatt für viele das letzte sein wird, wenn sie nicht schnell einen neuen TATblatt-Baustein kaufen.

Ein Baustein gilt bekanntlich für zehn TATblatt-Minus-Nummern.

Ab sofort ist die letzte Ausgabe, die du um deinen Baustein noch zugeschickt bekommst, im Adreßpickerl, unter halb deines Namens, notiert ((in doppelter Klammer)).

Schau bitte mal nach, und verlängere dein Abo rechtzeitig - durch Kauf eines neuen Bausteins - mittels beiliegendem Erlagschein.

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller
Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282
Telefon: (0222) 54 23 07
Mailbox-Fach: (0222) 597 12 25 (TATblatt)
Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212
DVR Nr: 0558371

Flugblätter und dgl sind als Dokumente aufgenommen und Bestandteil des TATblatts. Sofern sie Impressi tragen, haben sie hier keine Gültigkeit. Es gilt lediglich das Impressum des TATblatts.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

"Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Das nächste TATblatt
erscheint am 6. Juni
Redaktionsschluß für diese
Nummer ist am 30. Mai**